

Wendezeit für die Nationen

Exported from Holy-Writings.com on 2026-06-19 — 1 clipping

Die Vereinigung der ganzen Menschheit ist das Kennzeichen der Stufe, der sich die menschliche Gesellschaft heute nähert. Die Einheit der Familie, des Stammes, des Stadtstaates und der Nation ist nacheinander in Angriff genommen und völlig erreicht worden. Welteinheit ist das Ziel, dem eine gequälte Menschheit zustrebt. Der Aufbau von Nationalstaaten ist zu einem Ende gekommen. Die Anarchie, die der nationalstaatlichen Souveränität anhaftet, nähert sich heute einem Höhepunkt. Eine Welt, die zur Reife heranwächst, muß diesen Fetisch aufgeben, die Einheit und Ganzheit der menschlichen Beziehungen erkennen und ein für allemal den Apparat aufrichten, der diesen Leitgrundsatz ihres Daseins am besten zu verkörpern vermag.[i]

Shoghi Effendi, 1936

I. Überblick

Gelegenheit zum Innehalten

Das 20. Jahrhundert, eine der stürmischsten Abschnitte der Menschheitsgeschichte, zeichnet sich durch zahlreiche Umwälzungen, Revolutionen und die radikale Abkehr von der Vergangenheit aus. Einige dieser Umwälzungen – vom Niedergang des Kolonialismus und der großen Mächte des 19. Jahrhunderts bis zum Aufstieg und Fall der katastrophalen Experimente des Totalitarismus, Faschismus und Kommunismus – hatten höchst zerstörerische Auswirkungen, brachten Millionen von Menschen den Tod und führten zur Auslöschung von Traditionen und Kulturen und zum Zerfall ehrwürdiger Institutionen.

Andere Bewegungen und Entwicklungen waren jedoch positiver. Wissenschaftliche Entdeckungen und neuartige gesellschaftliche Einsichten spornten zu fortschrittlichen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Veränderungen an. Der Weg wurde frei für ein neues Verständnis der Menschenrechte, die Bejahung individueller Würde, für größere Offenheit zu persönlicher und gemeinschaftlicher Leistung und mutige, neue Wege zur Entwicklung menschlichen Wissens und Bewußtseins.

Diese Zwillingsprozesse, der Niedergang alter Institutionen und das Aufblühen neuen Denkens, sind Zeugnisse eines gemeinsamen Trends, der sich in den vergangenen hundert Jahren deutlich beschleunigte: die wachsende gegenseitige Abhängigkeit und Integration der Menschheit.

Dieser Trend kann überall beobachtet werden: in der Verschmelzung der Weltfinanzmärkte – was wiederum die Tatsache widerspiegelt, daß die Menschheit von einer großen Zahl untereinander verflochtener Energie-, Nahrungs-, Rohstoff-, Technologie- und Informationsquellen abhängt –, bis zum Aufbau eines weltumspannenden Kommunikations- und Verkehrssystems. Der Trend spiegelt sich genauso im wissenschaftlichen Verständnis einer einzigen,

uns allen gemeinsamen Biosphäre der Erde, was globaler Zusammenarbeit eine neue Dringlichkeit verleiht. Er zeigt sich zudem, wenn auch in einer destruktiven Weise, in dem Potential moderner Waffensysteme, deren Zerstörungskraft sich inzwischen auf einen Punkt zubewegt hat, an dem eine Handvoll Menschen in der Lage wäre, allem menschlichen Leben auf Erden ein Ende zu bereiten. Dieser Trend in seiner konstruktiven wie zerstörerischen Form ist inzwischen jedem bewußt; aber gerade hierdurch schmerzt uns das bereits vertraute Bild unseres blauen Planeten, der sich mit seiner fragilen Atmosphäre gegen das tiefe Schwarz des unendlichen Universums absetzt, ein Bild, das in uns die Vorstellung festigt, daß wir alle zu einer einzigen Menschheit gehören, reich an Vielfalt in unserer gemeinsamen Heimat.

Diese Entwicklung wird auch durch die Bemühungen der Nationen der Welt reflektiert, ein globales politisches System zu schmieden, das der Menschheit Frieden, Gerechtigkeit und Wohlstand sichert. Zweimal in diesem Jahrhundert hat die Menschheit versucht, eine neue internationale Ordnung zu schaffen. Jedesmal bemühte man sich, die langsam entstehende Anerkennung weltweiter Interdependenz mit einzubeziehen, aber gleichzeitig sollte die alles überragende nationale Souveränität unangetastet bleiben. Aus Sicht des nun endenden Jahrhunderts stellte der Völkerbund einen Durchbruch in der Entfaltung des Konzepts kollektiver Sicherheit und einen ersten, entscheidenden Schritt zu einer Weltordnung dar.

Durch den zweiten Versuch, der den verheerenden Schrecken des Zweiten Weltkrieges entsprang und sich auf eine hauptsächlich von den Siegern jener Feuersbrunst verfaßten Charta stützte, bietet sich seit fünfzig Jahren ein internationales Forum, quasi als letzte Zuflucht, eine einzigartige Institution, die den gemeinsamen Interessen der Menschheit als edles Symbol voransteht.

Als internationale Organisation haben die Vereinten Nationen gezeigt, daß die Menschheit zu gemeinsamen Aktionen in den Bereichen Gesundheit, Landwirtschaft, Erziehung und Bildung, Umweltschutz und des Wohlergehens der Kinder fähig ist. Sie haben unseren kollektiven moralischen Willen zur Schaffung einer besseren Zukunft bekräftigt, wie sich in der weit verbreiteten Akzeptanz der Menschenrechtskonventionen zeigt. Sie verdeutlichten das in der Menschheit tief verwurzelte Mitgefühl, wie die Bereitstellung von Spenden und Hilfskräften in Notfällen beweist. Und im wichtigsten Bereich der Friedensschaffung und Friedenserhaltung bahnten die Vereinten Nationen einen kühnen Weg in eine Zukunft ohne Krieg.[ii]

Gleichwohl erwiesen sich die allgemeinen Ziele der Charta der Vereinten Nationen als kaum realisierbar. Entgegen den hochgesteckten Hoffnungen ihrer Gründer begann mit der Errichtung der Vereinten Nationen vor fünfzig Jahren noch nicht das Zeitalter des Friedens und Wohlstands für alle.[iii]

Obwohl die Vereinten Nationen sicher eine Rolle bei der Verhinderung eines dritten Weltkrieges spielten, zeichnete sich das vergangene Jahrzehnt doch durch zahlreiche regionale und nationale Kriege aus, die Millionen Menschen das

Leben kosteten. Kaum hatten die verbesserten Beziehungen zwischen den Supermächten die ideologischen Motive dieser Konflikte beseitigt, traten seit langem schwelende ethnische und religiös-fanatische Leidenschaften als Ursache für neue Gewaltausbrüche an die Oberfläche. Obwohl das Ende des Kalten Krieges die Gefahr eines globalen Vernichtungskrieges reduziert hat, sind die Technologien zur Vernichtung des ganzen Planeten – und zu einem gewissen Grad auch die ihnen zugrundeliegenden Leidenschaften – noch immer existent.

Auch in Bezug auf soziale Fragen dauern die gravierenden Probleme an. Zwar erzielen internationale Programme zur Förderung der Gesundheit, der nachhaltigen Entwicklung und der Menschenrechte einen Konsens auf höchster Ebene; gleichwohl hat sich die Situation vor Ort in vielen Gegenden verschlechtert, insbesondere durch die alarmierende Verbreitung militanten Rassismus und religiösen Fanatismus, das krebsartige Wuchern des Materialismus, die epidemieartige Zunahme der Kriminalität und des organisierten Verbrechens, das weit verbreitete Anwachsen sinnloser Gewalt, die sich ständig vergrößernde Schere zwischen Reichtum und Armut, die noch immer anhaltende Ungerechtigkeit gegenüber Frauen, die unmoralischen Auswüchse des ungezügelter Kapitalismus und die Zunahme politischer Korruption. Mindestens eine Milliarde Menschen leben in erniedrigender Armut, und mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung sind Analphabeten.[iv]

Während die beiden Prozesse des Zusammenbruchs und der Erneuerung die Welt auf einen gewissen Höhepunkt hinführen, bietet der 50. Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen eine willkommene Gelegenheit, innezuhalten und darüber nachzudenken, wie die Menschheit in ihrer Gesamtheit ihre Zukunft gestalten könnte. Es hat sich in der letzten Zeit tatsächlich eine große Zahl hilfreicher Vorschläge zur Stärkung der Vereinten Nationen und zur Verbesserung ihrer Fähigkeit, die Antworten aus der Völkergemeinschaft zu diesen Herausforderungen zu vereinigen, ergeben.

Diese Vorschläge kann man grob in drei Kategorien einteilen. Eine Gruppe befaßt sich vornehmlich mit verwaltungstechnischen und finanziellen Problemen innerhalb des UN-Systems. Eine andere Gruppe umfaßt die Vorschläge zur Umstrukturierung von Einrichtungen wie dem Wirtschafts- und Sozialrat, dem „Trusteeship Council“ und den Bretton-Woods-Wirtschaftsinstitutionen. Weitere Entwürfe betreffen Veränderungen der politischen Struktur der Vereinten Nationen, wie die Erweiterung des Sicherheitsrates und eine Überarbeitung der UN-Charta.[v]

Die meisten dieser Entwürfe haben konstruktiven Charakter, einige sind aber auch provokant. Eine der ausgewogensten und umsichtigsten Darstellungen ist der Bericht der „Commission on Global Governance“ mit dem Titel *Nachbarn in Einer Welt*, in dem Argumente für die allgemeine Anerkennung neuer Werte und für eine Strukturreform der Vereinten Nationen vorgetragen werden.[vi]

Es ist in diesem Geiste, wenn die Internationale Bahá'í-Gemeinde zur laufenden Diskussion und der Beratung derart lebenswichtiger Themen beitragen möchte. Unsere Ansichten basieren auf drei grundlegenden Elementen:

Erstens: Diskussionen über die Zukunft der Vereinten Nationen müssen im großen Zusammenhang der Entwicklung und Ausrichtung einer internationalen Ordnung gesehen werden. Die Vereinten Nationen entstanden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gemeinsam mit anderen großen Organisationen. Zusammen werden diese nun die Entwicklung der neuen internationalen Ordnung bestimmen – und ihrerseits von dieser geformt werden. Daher sollten Aufgabe und Rolle, Handlungsprinzipien und sogar die Aktivitäten der Vereinten Nationen nur daraufhin untersucht werden, wie sie in die umfassende Zielsetzung einer internationalen Ordnung passen.

Zweitens: Da die Menschheit unteilbar ist, wird jeder Mensch geboren als ein der ganzen Welt anvertrautes Pfand. Diese Beziehung zwischen dem einzelnen und der Gesamtheit ist die moralische Grundlage für die meisten Rechte der Menschen, die die Vereinten Nationen zu definieren suchen. Sie dient auch der Bestimmung eines alles andere übersteigenden Zwecks der internationalen Ordnung bei der Festsetzung und Bewahrung der Rechte des einzelnen.

Drittens: Die Diskussionen über die Zukunft der internationalen Ordnung müssen die gesamte Menschheit einbeziehen und sie mitreißen. Diese Diskussionen sind derart bedeutsam, daß sie nicht nur auf den Kreis der führenden Personen in Regierungen, Wirtschaft, Wissenschaft, Religion und sonstigen gesellschaftlichen Gruppierungen beschränkt werden darf. Im Gegenteil, diese Entwicklungen müssen die Menschen, Frauen wie Männer, an der Basis der Gesellschaft einbinden. Durch eine solch breite Teilnahme wird ein sich selbst verstärkender Prozeß in Gang gesetzt und das Bewußtsein des Weltbürgertums und für eine erweiterte internationale Ordnung gefördert.

II. Den historischen Zusammenhang verstehen

Ein Aufruf an die Führer der Welt

Die internationale Bahá'í-Gemeinde betrachtet die derzeitige Verwirrung in der Welt und ihren katastrophalen Zustand als die natürliche Phase eines organischen Prozesses, der letztlich unvermeidlich zur Vereinigung der Menschheit in eine einzige Gesellschaftsordnung in den Grenzen dieses Planeten führen wird.

Wenn man die Menschheit als ein organisches System betrachtet, durchlief sie bereits bisher verschiedene Evolutionsschritte, vergleichbar mit den Altersstufen eines Säuglings und eines Kindes. Heute steht sie nun in der turbulenten Phase der Jugend, nahe der lang ersehnten Reife.[vii] Der Prozeß weltweiten Zusammenschlusses, bereits Realität im Wirtschaftsleben und in der Kommunikation, hält nun allmählich auch in der Politik Einzug.

Diese Entwicklung wurde im geschichtlichen Maßstab durch unerwartete und katastrophale Ereignisse beschleunigt. Die Verwüstungen des ersten und zweiten Weltkrieges bewirkten jeweils die Gründung des Völkerbundes und der Vereinten Nationen. Die Bewohner der Erde stehen nun vor der Wahl, ob künftige Errungenschaften ebenfalls erst nach ähnlich unvorstellbaren Schrecken, oder durch einen konsultativen Willensakt erreicht werden. Es wäre

unverantwortlich, nun keine entschiedenen Schritte zu ergreifen.

Da die Souveränitätsrechte derzeit noch bei den Nationalstaaten liegen, obliegt es den Regierungen und Staatsoberhäuptern, den Rahmen der sich jetzt herausbildenden internationalen Ordnung zu bestimmen. Wir rufen die führenden Persönlichkeiten auf allen Ebenen auf, eine entschiedene Rolle bei der Einberufung einer Weltversammlung noch vor Ende dieses Jahrhunderts zu übernehmen, auf der erörtert werden muß, in welcher Weise die internationale Ordnung zu gestalten ist, damit die Welt die vor ihr liegende Herausforderung meistert. Wie von einigen bereits vorgeschlagen, könnte diese Versammlung die Bezeichnung „World Summit on Global Governance“ tragen.[viii]

Dieser Weltgipfel könnte auf den Erfahrungen aufbauen, die auf den erfolgreichen Konferenzen der Vereinten Nationen der frühen 90er Jahre gewonnen wurden. Hierzu gehören der Weltkindergipfel von 1990, der Umweltgipfel von 1992, die Weltkonferenz über Menschenrechte 1994, der Weltsozialgipfel 1995 und die Weltfrauenkonferenz 1995. Dort wurde eine neue Methode der globalen Beratung kritischer Sachverhalte eingeführt.

Ein Schlüssel hierbei war die substantielle Mitwirkung zahlreicher gesellschaftlicher Gruppierungen. Die Verhandlungen der Regierungsdelegationen über die Veränderungen der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lage der Welt waren durch das fundierte Engagement dieser Gruppen geprägt. Die Nicht-Regierungsorganisationen reflektieren in der Regel genau die Bedürfnisse und Sorgen der Menschen von der Basis. Zudem war es bei jeder dieser Konferenzen wichtig, daß die Teilnahme von Regierungschefs dem Konferenzgeschehen vor der Weltöffentlichkeit das Signum von Legitimität und allgemeiner Zustimmung verlieh.

Man wäre gut beraten, wenn man auf diese Erfahrungen aufbauen und für den geplanten Weltgipfel auf den größtmöglichen Kreis zurückgreifen und so das Wohlwollen und die Unterstützung der Völker der Welt sichern würde.

Es wird oft die Sorge geäußert, daß internationale politische Instanzen unweigerlich eine übertriebene Zentralisierung entwickeln und so eine neue Bürokratie entsteht. Man muß hierzu nachdrücklich feststellen, daß jedes neue globale Regierungssystem prinzipiell wie praktisch dafür Sorge tragen muß, daß die Entscheidungskompetenzen auf der jeweils angemessenen Ebene verbleiben.[ix]

Es mag nicht immer einfach sein, einen Mittelweg zu finden. Einerseits kann ein echter Fortschritt eigentlich nur durch die Menschen selbst erreicht werden, indem sie einzeln oder gemeinsam auf die Nöte der Zeit reagieren. Es kann also durchaus gesagt werden, daß in der Dezentralisierung von Macht das sine qua non der Entwicklung liegt.[x] Andererseits wird die internationale Ordnung ein bestimmtes Maß weltweiter Lenkung und Koordination erfordern.

Im Lichte der oben umrissenen Prinzipien der Dezentralisierung sollten internationale Institutionen eine Handlungskompetenz nur dann erhalten, wenn internationale Fragen betroffen sind, in denen einzelne Staaten nicht für sich

allein handeln können, oder um einzugreifen, wenn Rechte einzelner Mitgliedsstaaten zu schützen sind. Alle anderen Angelegenheiten sollten an nationale und lokale Instanzen verwiesen werden.[xi]

Für die Entwicklung einer künftigen internationalen Ordnung sollten zudem möglichst viele Modelle und Regierungsformen überprüft werden. Statt sich nur ein einziges Modell der etablierten Regierungssysteme zum Vorbild zu nehmen, könnte die Lösung darin liegen, die sinnvollen Elemente aus allen Modellen miteinander abzustimmen und zu versöhnen.

Das föderale System ist beispielsweise eines jener bewährten Modelle, die geeignet sind, die Vielfalt der Welt in ein gemeinsames Geflecht aufzunehmen. Der Föderalismus hat sich bei der Delegation von Macht und der Entscheidungsfindung in großen, komplexen und heterogenen Staaten als effektiv erwiesen, unter gleichzeitiger Wahrung eines gewissen Maßes an Einheit und Stabilität. Ein anderes Modell, das genauere Betrachtung verdient, ist die Idee des „Commonwealth“, das auf der globalen Ebene die Interessen des Ganzen über die Einzelinteressen eines Staates stellt.

Auch muß ganz besonders darauf geachtet werden, daß die neue internationale Ordnung im Laufe der Zeit nicht in Formen von Despotismus, der Oligarchie oder Demagogie verfällt, die dann das Leben und das Gefüge der sie konstituierenden politischen Institutionen verdürbe.

1955 legte die Internationale Bahá'í-Gemeinde anlässlich des zehnjährigen Bestehens der UN-Charta den Vereinten Nationen eine Erklärung vor, deren Inhalt auf Ideen beruht, die vor fast einem Jahrhundert von Bahá'u'lláh formuliert wurden. „Das Bahá'í-Konzept einer Weltordnung kann so umrissen werden: Eine staatenübergreifende Weltinstanz, an die alle Nationen sämtliche Rechte auf Kriegsführung sowie bestimmte Rechte der Besteuerung und alle Rechte auf Rüstung – ausgenommen zum Zweck der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung im jeweiligen Land – abtreten. Diese Instanz muß über eine internationale Exekutive verfügen, die jedes unbotmäßige Mitglied des Weltgemeinwesens unter ihre höchste und unanfechtbare Amtsgewalt zu zwingen vermag, dazu ein Weltparlament, dessen Mitglieder vom Volk ihrer jeweiligen Länder gewählt und von ihren Regierungen bestätigt werden, sowie einen höchsten Gerichtshof, dessen Rechtsprechung auch dann bindend ist, wenn die betroffenen Parteien mit der Verhandlung ihrer Streitfälle vor diesem Gericht nicht einverstanden sind.“[xii]

Wir sind überzeugt, daß die Bildung einer Weltregierung zugleich der beste Schutz wie auch die unausweichliche Bestimmung der Menschheit darstellt. Zudem vermittelt die Weltregierung ein auf lange Sicht angelegtes Bild einer globalen Gesellschaft. Angesichts der Dringlichkeit der derzeitigen Lage benötigt die Welt kühne, praktische und gangbare Strategien, die über inspirierende Zukunftsvisionen hinausreichen. Wenn man sich auf ein zwingendes Konzept konzentriert, wird sich aus dem Gemenge konträrer Ansichten doch eine klare und stimmige Linie evolutionären Wandels herausbilden.

III. Eine Neuorientierung der Vereinten Nationen

Die Vereinten Nationen waren das Kernstück der von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges geschaffenen Nachkriegsordnung und erfüllten über viele Jahrzehnte während des ideologischen Konflikts zwischen Ost und West ihren ursprünglichen Zweck als Forum des internationalen Dialogs. Im Laufe der Jahre erweiterten sich die Aufgaben nicht nur in der Vertiefung internationaler Normen und der Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch in friedensbewahrenden Operationen auf verschiedenen Kontinenten.

Im gleichen Zeitraum veränderte sich die politische Wirklichkeit unserer Welt auf dramatische Weise. Zur Zeit der Gründung der Vereinten Nationen gab es ungefähr 50 unabhängige Staaten. Diese Zahl stieg inzwischen auf über 185. Am Ende des Zweiten Weltkrieges waren die Regierungen tonangebend in allen Entscheidungen. Heute ist durch den wachsenden Einfluß verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen und multinational operierender Konzerne eine bedeutend kompliziertere politische Landschaft entstanden.

Trotz wachsender Komplexität seiner Aufgabe hat das UN-System mehr oder weniger dieselbe Struktur bewahrt, wie sie vor 50 Jahren bei seiner Gründung einen neuen Dialog über die Fähigkeit der Vereinten Nationen angestoßen hat, der politischen Realität des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Leider überwog bei diesem Dialog die Kritik bei weitem das Lob.

Die meiste Kritik entsteht durch Vergleiche mit den führenden privaten Organisationen oder durch Beurteilungen, die auf überzogenen Erwartungen beruhen. Obwohl sicherlich einige spezielle Vergleiche sinnvoll sein können, um die Effektivität zu erhöhen, sind jedoch generelle Aussagen dieser Art im Grunde ungerecht. Denn den Vereinten Nationen fehlt es nicht nur an eindeutiger Autorität, sondern meistens auch an den für wirksames Handeln nötigen Mitteln. Der Vorwurf des Versagens richtet sich also eigentlich an die UN-Mitgliedsstaaten selbst.

Die Vereinten Nationen würden mithin immer ineffektiv erscheinen, beurteilt man sie außerhalb ihrer Arbeitsbedingungen. Bezieht man aber den Gedanken ein, daß sie nur ein Element in einem größeren globalen Entwicklungsprozeß sind, kann man die Analyse von den derzeitigen Unzulänglichkeiten durchaus auf die Errungenschaften der UN richten. Einem auf Entwicklung orientierten Betrachter vermitteln die Vereinten Nationen einen reichhaltigen Fundus an Erfahrungen für eine künftige Einbindung in eine globale Regierungsform.

Zu einer entwicklungsorientierten Einstellung gehört die Fähigkeit, sich das Schicksal einer Institution über lange Zeiträume hinweg vorzustellen, die ihr eigenen Entwicklungsmöglichkeiten zu sehen, wirkungsvolle Strategien für kurzfristige Umsetzungen zu formulieren, ja sogar gravierende Änderungen in der Zukunft zu erahnen.

Wenn man die Vereinten Nationen aus einem solchen Blickwinkel heraus untersucht, wird es möglich, das derzeitige System zu stärken, ohne dessen prinzipielle Wesenszüge und Verfahren radikal zu verändern. Tatsächlich kann kein Vorschlag zur Reform der Vereinten Nationen effektiv sein, der nicht immanent stimmig ist und die Vereinten Nationen nicht auf einen evolutionären

Kurs bringt, der sie mit einer bedeutsamen Aufgabe innerhalb der künftigen internationalen Ordnung betraut. Wir glauben, daß die hier beschriebene Verbindung verschiedener Vorschläge dieser Rahmenbedingung entspricht und ihre Annahme einen ausgewogenen und bedeutsamen Schritt zum Aufbau einer gerechteren Weltordnung darstellt.[xiii]

A. Neue Aufgaben für die Vollversammlung

Die Grundlage jeden Regierungssystems ist die Rechtsstaatlichkeit, mit der Legislative als dem wichtigsten Zweig der Rechtssetzung. Während die Gesetzgebungskompetenz auf örtlicher und nationaler Ebene im allgemeinen respektiert wird, erwecken regionale und internationale Gesetzgebungskörperschaften oft Furcht und Mißtrauen.

Zudem wird die Vollversammlung der Vereinten Nationen wegen ihrer Wirkungslosigkeit angegriffen. Obwohl einige der ihr entgegengebrachten Vorwürfe unbegründet sind, gibt es jedoch mindestens zwei Bereiche, in denen die UN unzulänglich arbeiten und die die Wirkkraft der Vollversammlung einschränken.

Erstens verleiht das jetzige System der nationalen Souveränität ein unangemessenes Gewicht, wodurch eine kuriose Mischung aus Anarchie und Konservatismus entsteht. In einer reformierten UNO werden Legislative und Wahlsystem die Völker der Welt wie die Nationalstaaten besser repräsentieren müssen.[xiv]

Zweitens sind Resolutionen der Vollversammlung nur bindend, wenn sie zusätzlich im völkerrechtlichen Sinne von jedem Mitgliedsstaat ratifiziert werden. Sofern das jetzige System, das der nationalen Souveränität Vorrang einräumt, von einem System abgelöst würde, das mehr auf die Interessen einer einzigen, vernetzten und gegenseitig abhängigen Menschheit eingeht, dann sollten die Resolutionen der Vollversammlung – in genau definierten Bereichen – allmählich Gesetzeskraft erlangen. Das hieße auch, Normen für den Vollzug dieser Gesetze und Vollstreckungsmöglichkeiten aufzustellen.

Diese beiden Mängel sind insofern eng miteinander verknüpft, als die Mehrheit der Menschen einer Weltregierung mißtrauisch und ängstlich gegenübersteht und sich wahrscheinlich solange keiner internationalen Institution unterwerfen wird, bis diese in einem hohen Maß repräsentativen Charakter hat.[xv]

Gleichwohl erscheinen uns fünf praktische Schritte auch kurzfristig als gangbar, um die Vollversammlung und ihr Ansehen zu stärken und sie in eine langfristige Ausrichtung einzubinden.

1. Mindestvoraussetzung für eine Mitgliedschaft

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte mit ihren Folgeabkommen, zusammen als Charta der Menschenrechte bezeichnet, legen den Minimalstandard für das Verhalten einer Regierung gegenüber deren Volk klar fest.

Ein Mitgliedsstaat verhindert die aktive und vernünftige Teilhabe der Bevölkerung am Gemeinwesen, wenn er sich nicht vorbehaltlos zu allgemeinen,

freien und gleichen Wahlen, zu Meinungsfreiheit und den übrigen Grundrechten verpflichtet.

Wir schlagen Konsequenzen für den Fall vor, daß Mitgliedsstaaten diesen Standard nicht einhalten. Analog sollte Nationen, die sich um Aufnahme in die UNO bemühen, solange die Mitgliedschaft verweigert werden, bis sie offen für diesen Standard eintreten oder erkennbare Anstrengungen in diese Richtung unternehmen.

2. Gründung einer internationalen Grenzkommission

Offene Gebietsansprüche und Grenzfragen sind noch immer eine Hauptquelle für militärische Konflikte und unterstreichen die äußerste Dringlichkeit, diese Fragen durch allgemeine Verträge zu klären. Diese können nur zustandekommen, wenn berücksichtigt wird, daß die Grenzen vieler Nationalstaaten oft auf eine sehr willkürliche Art und Weise festgelegt wurden, und indem alle unbefriedigten Ansprüche von einzelnen Völkern und ethnischen Gruppen einbezogen werden.

Anstatt diese Fragen einem internationalen Gerichtshof vorzulegen, ist es unseres Erachtens das beste, eine internationale Kommission einzuberufen, die alle offenen Grenzfragen behandelt. Die Kommission sollte nach sorgfältiger Abwägung Empfehlungen vorlegen.[xvi] Diese Vorschläge könnten zugleich präventiv auf wachsende Spannungen zwischen einzelnen Volksgruppen hinweisen und helfen, Konfliktpotentiale durch den frühzeitigen Einsatz diplomatischer Mittel abzuschätzen und zu entschärfen.

Um eine echte Gemeinschaft der Völker langfristig zu etablieren, bedarf es der endgültigen Regelung aller Grenzfragen. Die Untersuchungen der Kommission sollen dies vorbereiten.

3. Neue finanzielle Grundlagen

Das jährliche Defizit des UN-Budgets zwingt die Vereinten Nationen zu einem Krisenmanagement. Diese Situation wurde ursprünglich durch die Weigerung einer Reihe von Mitgliedsstaaten ausgelöst, ihre Beiträge pünktlich zu entrichten. Die fehlende Kompetenz zur Geltendmachung von Verzugszinsen und Mängel in der Administration verschärften die Lage.

Freiwillige Zahlungen seitens der Mitgliedsstaaten können kaum eine verlässliche Grundlage zur Finanzierung einer internationalen Organisation sein. Es müssen wirksame Maßnahmen zur Finanzierung entwickelt werden, um das reibungslose Funktionieren des UN-Systems zu ermöglichen. Wir schlagen die sofortige Ernennung einer Task-Force vor, die nach Alternativen suchen soll.

Hierbei sollte die Task-Force verschiedene Prinzipien beachten: 1. Es darf keine Besteuerung ohne politische Repräsentanz geben, 2. die Beitragshöhe sollte im Interesse der Gerechtigkeit abgestuft sein, 3. Verfahren zur Förderung von freiwilligen Spenden einzelner und von Gruppierungen dürfen nicht außer acht gelassen werden.[xvii]

4. Welthilfssprache und gemeinsame Schrift

Die Vereinten Nationen, die zur Zeit sechs offizielle Sprachen verwenden, würden sehr profitieren, wenn sie entweder eine der lebenden Sprachen oder eine künstliche Sprache als Hilfssprache für ihre Foren auswählen würden. Ein solcher Schritt wird schon seit langem von vielen Gruppen befürwortet – von den Esperantisten bis zur Internationalen Bahá'í-Gemeinde.[xviii] Eine solche Maßnahme würde nicht nur Finanzen einsparen und die Verwaltung entlasten, sondern auch den Geist der Einheit erheblich fördern.

Wir schlagen die Ernennung einer hochrangigen Kommission vor, deren Mitglieder aus verschiedenen Regionen und einschlägigen Fachgebieten kommen sollten, wie zum Beispiel aus der Linguistik, den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, der Ausbildung und den Medien. Die Kommission soll die Frage der Auswahl einer Welthilfssprache und einer gemeinsamen Schrift sorgfältig prüfen.

Wir gehen davon aus, daß die Welt langfristig dazu gezwungen sein wird, eine einzige Hilfssprache und Schrift – als Ergänzung zur jeweiligen Landessprache – in den Schulen zu unterrichten. Dies hätte das Ziel, den Übergang zur globalen Gesellschaft zu erleichtern, durch eine verbesserte Kommunikation zwischen den Völkern, durch Kostensenkung in Wirtschaft, Verwaltung und anderen weltumspannenden Unternehmungen, und allgemein durch die Förderung herzlicherer Beziehungen zwischen allen Mitgliedern der Völkerfamilie.[xix]

Dieser Vorschlag sollte nicht falsch verstanden werden. Er zielt keineswegs auf eine Zerschlagung irgendeiner lebenden Sprache oder Kultur.

5. Die Möglichkeit einer einzigen Weltwährung

Es liegt auf der Hand, daß eine Weltwährung ein wichtiges Element innerhalb der Weltwirtschaft darstellt. Wirtschaftsexperten glauben, daß eine Weltwährung neben anderen Vorteilen die Spekulation und unvorhersehbare Marktschwankungen eindämmen und weltweit zu einer Anpassung der Löhne und Preise und so zu bedeutsamen Einsparungen führen könnte.[xx]

Mögliche Einsparungen werden aber nur dann umgesetzt, wenn es gelingt, die Vorbehalte der Skeptiker durch überzeugende Argumente zu beseitigen und einen glaubwürdigen Aktionsplan vorzulegen. Wir schlagen die Ernennung einer hochrangigen Kommission vor, die aus den hervorragendsten Regierungsmitgliedern, Wissenschaftlern und Fachleuten besteht und sofort damit beginnen soll, die wirtschaftlichen Vorteile, aber auch die politischen Kosten einer Weltwährung zu prüfen und eine effektive Vorgehensweise für ihre Einführung vorzulegen.

B. Stärkung der Exekutive

Auf der internationalen Ebene ist die wichtigste Aufgabe der Exekutive die Durchsetzung des Abkommens zur kollektiven Sicherheit.[xxi]

Kollektive Sicherheit setzt einen bindenden Vertrag zwischen den Nationen zur gemeinschaftlichen Abwehr einer Bedrohung voraus. Dessen Wirksamkeit hängt davon ab, in welchem Ausmaß sich die einzelnen Mitgliedsstaaten dem Gemeinwohl

verpflichten, selbst wenn dies in gewisser Weise durch ein aufgeklärtes Eigeninteresse motiviert ist.

Innerhalb der Vereinten Nationen wird die Exekutivgewalt überwiegend vom Sicherheitsrat wahrgenommen, teilweise gemeinsam mit dem Sekretariat. Beide werden in der Wahrnehmung ihres Mandats behindert. Der Sicherheitsrat leidet an der Unfähigkeit, entscheidene Maßnahmen zu treffen. Der Generalsekretär steht unter dem Druck komplexer Anforderungen einzelner Mitgliedsstaaten.

Vier praktische Schritte könnten möglicherweise die Exekutivfunktion der Vereinten Nationen kurzfristig stärken.

1. Einschränkung des Vetorechts

Bei der Übertragung des Vetorechts an fünf ständige Mitglieder lag die ursprüngliche Absicht der UN-Charta darin, den Sicherheitsrat an der Unterstützung militärischer Aktionen zu hindern, die sich gegen ein ständiges Mitglied richten oder Streitkräfte eines ständigen Mitglieds gegen dessen Willen einzusetzen.[xxii] Mit Beginn des Kalten Krieges wurde das Vetorecht tatsächlich wiederholt aus Gründen regionaler oder nationaler Sicherheit ausgeübt.

In den 1955 zur UN-Reform vorgelegten Vorschlägen sprach sich die Internationale Bahá'í-Gemeinde für die schrittweise Abschaffung der „ständigen Mitgliedschaft“ und des „Vetorechts“ aus, entsprechend der Stärkung des Vertrauens in den Sicherheitsrat. Vierzig Jahre später bekräftigen wir diese Position. Wir möchten jedoch vorschlagen, daß in einer Übergangsphase das Vetorecht bestehen bleibt, aber eingeschränkt wird, um der ursprünglichen Zielsetzung der UN-Charta gerecht zu werden.

2. Einrichtung einer permanenten internationalen Militärstreitmacht

Eine internationale Streitmacht sollte geschaffen werden, um die friedenerhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen zu unterstützen und den Resolutionen des Sicherheitsrates mehr Glaubwürdigkeit zu verleihen.[xxiii] Ihre Loyalität zu den Vereinten Nationen und ihre Unabhängigkeit von nationalen Interessen muß gesichert sein. Voll ausgerüstet, stünde diese Streitmacht unter der Befehlsgewalt des Generalsekretärs bei letztllicher Aufsicht des Sicherheitsrates. Ihre Finanzierung würde jedoch von der Vollversammlung bestimmt. Der Generalsekretär sollte beim Aufbau dieser Streitmacht auf kompetentes Personal aus allen Teilen der Welt zurückgreifen.

Richtig eingesetzt, würde eine solche Streitmacht zugleich ein Gefühl der Sicherheit vermitteln und so Schritte zur weltweiten Abrüstung fördern, wodurch das unmittelbare Verbot von Massenvernichtungswaffen bewirkt werden könnte.[xxiv] Außerdem könnte sich so im Einklang mit dem Prinzip kollektiver Sicherheit die Auffassung verbreiten, daß Staaten Waffen nur zu ihrer eigenen Verteidigung und zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit benötigen.

Als ein unmittelbarer Schritt zur Einrichtung dieser Streitmacht könnte das

derzeitige adhoc-Verfahren institutionalisiert und (für Krisenfälle) regionale schnelle Eingreiftruppen aufgestellt werden.

3. Kollektive Sicherheit auch bei anderen globalen Problemen

Obwohl ursprünglich im Zusammenhang mit der Bedrohung durch militärische Aggression entwickelt, könnte das Konzept der kollektiven Sicherheit auf alle Formen der Bedrohung ausgeweitet werden. Selbst wenn diese nur lokal auftreten, sind sie doch das Ergebnis des Zusammenbruchs der heutigen globalen Ordnung. Diese Bedrohungen umfassen unter anderem den internationalen Drogenhandel, die Sicherstellung ausreichender Nahrung und das Auftreten neuer weltweiter Seuchen.[xxv]

Dieser Themenbereich sollte auf die Tagesordnung des vorgeschlagenen Weltgipfels gesetzt werden, wobei es jedoch unwahrscheinlich ist, daß es vor dem fundamentalen Problem militärischer Aggression Vorrang genießen würde.

4. Erfolgreiche UN-Organisationen

Innerhalb der UN-Familie gibt es eine Reihe von unabhängigeren Organisationen, wie zum Beispiel die UNICEF (Kinderhilfswerk), die ICAO (Luftfahrtorganisation), der UPU (Weltpostverein), die ITCU (Telekommunikationsunion), die ILO (Weltarbeitsunion) und die WHO (Weltgesundheitsorganisation). Diese haben innerhalb spezifischer, wichtiger Bereiche beachtliche Erfolge erzielt.

Generell gesehen besitzen sie bereits eigene Exekutivgewalt. Ihre Unabhängigkeit sollte gewahrt und als Teil der internationalen Exekutive gestärkt werden.[xxvi]

C. Stärkung des Internationalen Gerichtshofes

Jedes Regierungssystem bedarf einer starken Judikative, zum Ausgleich der Gewalten, und zur Wahrung von Rechtsprechung und Gesetz. Das Streben nach einer gerechten Gesellschaft gehört zu den elementaren Impulsen in der Geschichte[xxvii] – zweifellos kann eine Weltkultur ohne Verankerung im Gerechtigkeitsprinzip nicht gegründet werden.

Gerechtigkeit ist jene Kraft, die das allmählich dämmernde Bewußtsein der Einheit der Menschheit in einen gemeinsamen Willen übertragen kann, mit dessen Hilfe das Rahmenwerk einer Weltgemeinschaft sicher aufgebaut werden kann. In einer Epoche, in der die Menschen zunehmend Zugang zu Informationen aller Art und zu einer großen Vielfalt verschiedener Ideen erhalten, wird sich die Gerechtigkeit als herrschendes Prinzip erfolgreicher gesellschaftlicher Organisation erweisen.

Auf der persönlichen Ebene ist die Gerechtigkeit jene Eigenschaft der Seele, die jeden Mensch befähigt, Wahres von Falschem zu unterscheiden. Bahá-'u'lláh bekräftigt, daß nach Gottes Sicht Gerechtigkeit „von allem das Meistgeliebte“[xxviii] ist, da sie jedem einzelnen erlaubt, mit eigenen Augen und nicht mit denen anderer zu sehen, durch eigene Erkenntnis und nicht durch die seines Nächsten oder seiner Gruppe zu handeln.

In der Gruppe ist das Ringen um Gerechtigkeit der unbedingt notwendige Maßstab kollektiver Entscheidungsfindung, denn es ist das einzige Mittel, um Einheit im Denken und Handeln zu erreichen. Das Verlangen nach Rache und Strafe verbarg sich in der Vergangenheit oft unter dem Deckmantel der Gerechtigkeit. Davon ist wahre Gerechtigkeit aber weit entfernt. In der Praxis fördert ihre Anwendung vielmehr ein Klima offenen Austauschs und der Beratung, das leidenschaftslose und angemessene Entscheidungen erst ermöglicht. Ein solches Klima macht es viel weniger wahrscheinlich, daß die überall vertretene Neigung zu Manipulation und Cliqueswesen die Entscheidungsfindung beeinflussen könnte.

Diese Auffassung von Gerechtigkeit wird allmählich die Erkenntnis reifen lassen, daß die Interessen des einzelnen und der Gesellschaft in einer Welt gegenseitiger Abhängigkeiten unauflösbar miteinander verflochten sind. So ist Gerechtigkeit wie ein Faden, der mit jeder Handlung verwoben werden sollte, sei es in der Familie, im unmittelbaren sozialen Umfeld, oder gar auf globaler Ebene.

Wir erkennen im derzeitigen System der Vereinten Nationen die Grundlage für einen gestärkten Weltgerichtshof. Der 1945 von den Vereinten Nationen gegründete Weltgerichtshof hat eine Reihe von positiven Elementen. Durch Auswahl der Richter wird beispielsweise versucht, alle Völker, Regionen und unterschiedlichen Rechtssysteme zu repräsentieren.[xxix]

Der wesentliche Mangel des Gerichtshofes liegt aber darin, daß ihm die Kompetenz fehlt, rechtlich verbindliche Entscheidungen zu fällen, mit Ausnahme der Fälle, in denen die Staaten sich vorher hierzu verpflichteten. Ohne eine solche Jurisdiktionsgewalt fehlt dem Gerichtshof die Möglichkeit, Gerechtigkeit walten zu lassen.[xxx] Mit der Zeit könnten die Entscheidungen des Weltgerichtshofes bindend und in allen Staaten vollstreckbar werden. Kurzfristig könnten aber zwei Maßnahmen den Weltgerichtshof stärken:

1. Erweiterung der Zuständigkeit

Derzeit ist die Zuständigkeit des Weltgerichtshofes auf wenige Kategorien von Rechtsfragen beschränkt. Nur Staaten haben Antragsrecht. Wir schlagen vor, daß neben den Mitgliedsstaaten auch anderen Organen der Vereinten Nationen ein Antragsrecht eingeräumt wird.

2. Koordination der Spezialgerichtsbarkeiten

Der Weltgerichtshof könnte als Dach für bereits existierende und neu zu schaffende Fachgerichte fungieren, die in internationalen Fällen innerhalb bestimmter Fachgebiete vermitteln und Recht sprechen können.

Erste Ansätze zu einem solchen vereinigten Konzept lassen sich bereits in den Spruchkörpern finden, die Vergleiche finden sollen beispielsweise im Bereich von Wirtschaft und Verkehr, und in den Entwürfen zur Gründung eines Internationalen Strafgerichtshofes und einer Kammer für Umweltfragen. Man könnte weitere Fachgebiete ergänzen, wie zum Beispiel weltweiter Terrorismus und Drogenhandel.

IV. Das Potential des einzelnen Menschen freisetzen

Eine kritische Herausforderung der entstehenden internationalen Ordnung

Führungsinstanzen haben auf allen Ebenen in erster Linie die Aufgabe, die Zivilisation voranzubringen. Sie können diese Aufgabe aber schwerlich erfüllen ohne die motivierte, einsichtsvolle Teilnahme aller Menschen am Leben und den Belangen der Gesellschaft.

Bisher hatten internationale Gremien die Bildung von Institutionen und den Zusammenschluß von Nationen im Blick, abgehoben von den Menschen in der Welt, ihrem Denken und Fühlen. Deren überwiegende Mehrheit lebt, eingebunden in ein vielschichtiges Verwaltungsnetz und verwirrt von der Nachrichtenfülle der Medien aus aller Welt, fern von der internationalen Bühne und hat noch keinen Sinn entwickelt für solche Institutionen wie die Vereinten Nationen. Nur wer über entsprechende gesellschaftliche Organisationen Zugang zum internationalen Geschehen hat, scheint sich mit solchen Institutionen identifizieren zu können.

Im Gegenzug können sich internationale Institutionen nicht zu wirksamen, ausgereiften Führungsorganen entwickeln, die ihren Hauptzweck, die Förderung der Zivilisation, erfüllen, solange sie nicht ihre wechselseitige Beziehung zu den Menschen in der Welt erkennen und pflegen. Diese Einsicht würde einen positiven Kreislauf von Vertrauen und Unterstützung in Gang setzen und damit den Übergang zu einer neuen Weltordnung beschleunigen.

Die mit der Entwicklung einer globalen Gesellschaft verbundenen Aufgaben erfordern ein weit höheres Maß an Fähigkeiten, als sie das Menschengeschlecht bisher aufzubringen hatte. Um den Anforderungen gerecht zu werden, müssen die Bildungsmöglichkeiten für alle Menschen gewaltig erweitert werden. Internationale Institutionen werden in dem Maße in der Lage sein, die in den Völkern verborgenen Fähigkeiten zu wecken und zu lenken, wie sie lernen, ihre Macht zu begrenzen, indem sie das Vertrauen, die Achtung und die aufrichtige Unterstützung derjenigen gewinnen, deren Handeln sie steuern wollen, und so offen und intensiv wie möglich mit allen Betroffenen beraten.

Menschen, die Vertrauen zu diesen Institutionen fassen und Achtung vor ihnen gewinnen, werden dann von ihren nationalen Regierungen fordern, die internationale Ordnung politisch wie wirtschaftlich stärker zu unterstützen, was die internationalen Institutionen, an Einfluß und Macht gewachsen, wiederum besser rüstet, weitere Schritte zu einer legitimen und wirkungsvollen Weltordnung zu unternehmen.

Die Vereinten Nationen müssen neben den Maßnahmen zur Festigung ihrer Struktur zugleich Initiativen ergreifen, um die in allen Menschen ruhenden Kräfte freizusetzen für ihre Beteiligung an diesem aufregenden Prozeß. In dieser Hinsicht verdienen bestimmte Themen zur raschen Entwicklung des einzelnen und der Gesellschaft besondere Beachtung. Darunter sind vier Themen – wirtschaftliche Entwicklung, Schutz der Menschenrechte, Verbesserung der Stellung der Frau und sittliche Entwicklung – so eng mit dem Fortschritt der

Zivilisation verknüpft, daß sie mit Vorrang auf die Tagesordnung der Vereinten Nationen gehören.

A. Wirtschaftliche Entwicklung

Die während der letzten fünfzig Jahre von den Vereinten Nationen, der Weltbank und einigen Regierungen verfolgten wirtschaftlichen Entwicklungsstrategien blieben, wie gut sie auch geplant und ausgeführt waren, weit hinter den gesteckten Erwartungen zurück. In weiten Teilen der Welt ist der Graben zwischen Besitzenden und Besitzlosen breiter geworden und wächst zunehmend infolge weit auseinanderklaffender Einkommen. Die gesellschaftlichen Probleme werden nicht kleiner. Tatsächlich nehmen Verbrechen und Krankheit nicht nur zu, sie nehmen überhand und werden schwieriger zu bekämpfen.

Für diese Mißerfolge können einige Ursachen benannt werden. Dazu gehören falsche Schwerpunktsetzung auf Großprojekte und bürokratische Überzentralisierung, ungerechte internationale Handelsbedingungen, weitverbreitete, das ganze Wirtschaftssystem durchwuchernde Korruption, Ausschluß der Frauen vom Entscheidungsprozeß auf allen Ebenen, eine allgemeine Unfähigkeit, Hilfsmittel den Armen wirklich zukommen zu lassen, und die Fehlleitung von Entwicklungsgeldern in militärische Rüstung.

Nüchtern betrachtet, verrät dies einen prinzipiellen Fehler im derzeitigen Paradigma wirtschaftlicher Entwicklung: Materielle Not wird oft angegangen ohne die geistigen Faktoren und deren Triebkraft zu berücksichtigen.

Entwicklung darf nicht mit einer Konsumgesellschaft verwechselt werden, die nicht in der Lage ist, sich selbst zu erhalten. Zu wahren Wohlstand gehört geistiges wie materielles Wohlergehen. Essen, Trinken, ein Dach über dem Kopf und ein gewisses Maß an Bequemlichkeit sind notwendig; aber dies allein kann den Menschen nie ausfüllen. Ebenso wenig können ihn weniger faßbare materielle Errungenschaften wie gesellschaftliche Anerkennung oder politische Macht zufrieden machen. Letztlich stillen nicht einmal intellektuelle Leistungen unsere tiefsten Bedürfnisse.

Richtig verstanden, besteht die Wirklichkeit des menschlichen Geistes im Verlangen nach etwas, das über uns hinausweist. Wenngleich die geistige Seite unseres Wesens verschüttet ist vom täglichen Kampf um den Lebensunterhalt, kann unser Bedürfnis nach Transzendenz langfristig nicht unberücksichtigt bleiben. Ein tragfähiges Entwicklungsmodell muß deshalb ebenso die geistige Sehnsucht des Menschen ansprechen wie seine materiellen Bedürfnisse und Wünsche.

Bildung ist die beste Investition in wirtschaftliche Entwicklung. »Der Mensch ist der höchste Talisman. Der Mangel an geeigneter Erziehung hat ihn jedoch dessen beraubt, was er seinem Wesen nach besitzt«, schreibt Bahá'u'lláh. »Betrachte den Menschen als ein Bergwerk, reich an Edelsteinen von unschätzbarem Wert. Nur die Erziehung kann bewirken, daß es seine Schätze enthüllt und die Menschheit daraus Nutzen zu ziehen vermag.«[xxx] Erziehung bedeutet mehr als die Vermittlung einer beschränkten Menge an Wissen oder

einer Reihe von Fertigkeiten. In Wahrheit muß Erziehung – und sie sollte unabdingbar sein bei aller Entwicklung – auch vermitteln, wie man Wissen erwirbt, sie muß die Verstandes- und Urteilskraft schulen und dem Lernenden unverzichtbare sittliche Werte einprägen. Dieserart umfassende Erziehung ist es, die die Menschen zur Schaffung von Reichtum und seiner gerechten Verteilung befähigt.[xxxii]

Wahrer Reichtum entsteht, wenn Arbeit nicht nur für die Mittel zum Lebensunterhalt geleistet wird, sondern auch als Beitrag für die Gesellschaft. Wir halten sinnvolle Arbeit für ein seelisches Grundbedürfnis und ebenso wichtig für die gesunde Entwicklung des Menschen wie gutes Essen, sauberes Wasser und frische Luft für seinen Leib.

Weil Abhängigkeit sich geistig zersetzend auswirkt, sind Pläne, die lediglich auf die Umverteilung materiellen Reichtums abzielen, langfristig zum Scheitern verurteilt. Die Verteilung des Reichtums muß wirksam und gerecht geschehen. Ja, sie muß eng mit dem Prozeß der Vermögensschöpfung verzahnt sein.

Um die Entwicklung wirksamer zu fördern, empfehlen wir den Organen der Vereinten Nationen folgendes:

Eine entschiedene Kampagne zur Erfüllung der Agenda 21

Der bei der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung formulierte Aktionsplan umfaßt ein breites Spektrum von Ansichten aus der Gesellschaft sowie eine Reihe von Prinzipien, ähnlich den in der vorliegenden Stellungnahme aufgeführten. Doch bedauerlicherweise wurde von den Mitgliedsstaaten wenig getan, um die im Plan beschriebenen Maßnahmen umzusetzen.

Um die Ziele der Agenda 21 zu verwirklichen, dürfte ein größerer Kraftaufwand notwendig sein, zwar anderer Art, aber vergleichbar an Umfang und Engagement dem Marshall-Plan für den Wiederaufbau Nachkriegseuropas. In diesem Fall wären die Bretton-Woods-Institutionen aufgefordert, eine klar definierte Kampagne in Gang zu setzen, um nationale Bemühungen zur Umsetzung der Ziele zu beschleunigen. Ein Mandat dieser Art kann nur das Ergebnis einer Konferenz sein, ähnlich den ersten Tagungen in Bretton-Woods vor fünfzig Jahren, einer Konferenz, auf der diese Institutionen einer Generalüberholung unterzogen werden. Ihre Revision hätte zum Ziel, der Weltbevölkerung ausreichend Mittel bereitzustellen, damit sie auf örtlicher Ebene initiativ werden kann. Darüberhinaus könnte die Konferenz ihre Agenda um die Kernthemen globaler wirtschaftlicher Sicherheit erweitern und hierfür bestehende Institutionen neu verfassen oder neue Strukturen schaffen.[xxxiii]

Wenn dies gelingt, könnte das neue Instrument auf die Koordination jener Maßnahmen ausgeweitet werden, die auf dem letzten UNO-Sozialgipfel beschlossen wurden.

B. Schutz der Grundrechte des Menschen

In den fünfzig Jahren seit Gründung der Vereinten Nationen ist das

Verständnis dafür gewachsen, daß Menschenrechte international anerkannt und geschützt werden müssen, wenn Frieden, sozialer Fortschritt und wirtschaftlicher Wohlstand einkehren sollen.

Grundlage für die internationale Vereinbarung über das Wesen der Menschenrechte ist die überaus wichtige Erklärung der Menschenrechte, die 1948 von den Vereinten Nationen angenommen und in zwei internationalen Verträgen ausgearbeitet wurde: dem Internationalen Vertrag über Bürger- und politische Rechte und dem Internationalen Vertrag über soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte. In Ergänzung hierzu definieren und fördern etwa 75 andere Konventionen und Deklarationen die Rechte von Frauen und Kindern, das Recht auf Glaubensfreiheit und das Recht auf Entwicklung, um nur einige zu nennen.

Die gegenwärtige Menschenrechtspolitik der Vereinten Nationen hat zwei große Mängel: Die Mittel zur Durchsetzung und Kontrolle sind begrenzt, und die mit jedem Recht verbundene Verantwortung wird zu wenig ernst genommen.

Die Durchsetzung der Menschenrechte müßte international ähnlich gehandhabt werden wie der Umgang mit militärischer Aggression in einem kollektiven Sicherheitssystem. Menschenrechtsverletzung in einem Staat muß als Angelegenheit aller Menschen begriffen werden, und Mechanismen zur Durchsetzung der Rechte müssen für eine geschlossene Reaktion der internationalen Gemeinschaft sorgen. Die Frage nach dem »wann« und »wie« der zum Schutz der Menschenrechte geplanten Intervention ist schwieriger zu beantworten. Die energische Durchsetzung der Menschenrechte erfordert eine weltweite Übereinkunft darüber, was als schreiende und vorsätzliche Verletzung der Menschenrechte zu betrachten ist.

Im Vorfeld der Weltkonferenz über Menschenrechte im Jahr 1993 wurden wichtige Schritte zu einem globalen Konsens unternommen. Die Konferenz bestätigte einhellig, daß Menschenrechte universell, unteilbar und miteinander verflochten sind, und beendete damit die anhaltende Debatte über die Gewichtung bürgerlicher und politischer Rechte im Verhältnis zu sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechten.[xxxiv] Auch die Resolutionen der Konferenz bestätigten, daß Menschenrechte gelten müssen ohne Ansehen unterschiedlicher rassischer oder ethnischer Herkunft, religiösen Bekenntnisses oder nationaler Identität. Dazu gehört die Gleichheit für Frau und Mann; dazu gehört gleiches Recht für jeden Menschen in der Welt auf freie Forschung, Information und Religionsausübung; und dazu gehört das Recht eines jeden auf Grundbedürfnisse wie Nahrung, Unterkunft und Gesundheit.[xxxv] Abgesehen von der Notwendigkeit, einen Konsens zu finden und die Durchsetzung der Menschenrechte zu sichern, ist es wichtig, ein besseres Verständnis dafür zu entwickeln, daß mit jedem Recht eine entsprechende Verantwortung verbunden ist.

Das Recht, vor dem Gesetz als Person anerkannt zu sein, schließt beispielsweise die Verantwortung ein, dem Gesetz zu gehorchen – und die Gesetze wie auch das Rechtssystem gerechter zu machen. Ebenso bringt im

gesellschaftlichen Bereich das Recht auf Heirat die Verantwortung mit sich, die Familie insgesamt zu unterhalten, die Kinder zu erziehen und alle Familienmitglieder mit Achtung zu behandeln.[xxxvi] Das Recht auf Arbeit kann nicht von der Verantwortung getrennt werden, die übertragenen Pflichten nach besten Kräften zu erfüllen. Im weitesten Sinne ist in der Formulierung »universale« Menschenrechte die Verantwortung für die Menschheit als Ganzes inbegriffen.

Während es jedem einzelnen Mensch obliegt, seiner Verantwortung auf all diesen Gebieten nachzukommen, ist es letztlich die Aufgabe internationaler Institutionen, das damit verbundene Menschenrecht zu schützen. Wir schlagen vor, drei Maßnahmen sofort zu ergreifen:

1. Der UNO-Apparat zur Überwachung, Durchsetzung und Erfolgskontrolle ist zu stärken

Die Mechanismen der Vereinten Nationen zur Überwachung, Durchführung und Kontrolle der Einhaltung internationaler Verträge seitens der Regierungen sind unzulänglich. Das Menschenrechtszentrum verfügt über einen sehr kleinen Mitarbeiterstab, der darum kämpft, Kontrollmaßnahmen zu unterstützen, damit die Länder alle ihre ratifizierten Verträge einhalten.

Wir sind der Ansicht, daß die diesem Zentrum zugewiesenen Mittel drastisch erhöht werden müssen, wenn es seinen Aufgaben wirklich gerecht werden soll.

2. Die allgemeine Ratifikation der internationalen Menschenrechtskonventionen ist voranzutreiben

Da die Ratifizierung der internationalen Menschenrechtskonventionen eine wenn auch praktisch nicht zwingende Verpflichtung für die Mitgliedsstaaten schafft, müssen der Generalsekretär und alle UNO-Körperschaften jede Gelegenheit wahrnehmen, die Mitgliedsstaaten zum Handeln auf diesem Gebiet zu ermutigen. In der Tat könnte eine bindende Frist für die universelle Ratifikation ein motivierendes Ziel sein, das die Generalversammlung setzen müßte.

3. Die Achtung vor den Überwachungsorganen der Vereinten Nationen für die Menschenrechte muß gesichert werden

Da das Mandat der UNO-Vertretungen zur Überwachung der Menschenrechte sehr ernstzunehmen ist, sollten die UN besonders aufmerksam die Erkenntnisse beachten, die sich aus der Struktur und der Arbeit dieser Vertretungen ergeben, und bei der Behebung regelwidriger Situationen ebenso überlegt handeln.

Nach unserer Ansicht wäre es ratsam, beim Nominierungsvorgang die im Rampenlicht stehenden Mitgliedsstaaten auf ihre Qualifikation zu prüfen und diejenigen, die noch nicht die internationalen Konventionen ratifiziert haben, von der Wahl zur Mitgliedschaft in der Menschenrechtskommission und anderen Überwachungsorganen auszuschließen. Während diese Mitgliedsstaaten nach wie vor in vollem Umfang an Beratungen teilnehmen könnten, wären die Vereinten Nationen vor einer möglicherweise peinlichen, bloßstellenden Situation bewahrt.

Wir meinen auch, daß eine einzige Ausnahme der oben genannten Regel berechtigt wäre. Mitgliedsstaaten, die nicht unter der kritischen Lupe der UNO stehen, aber in ihren Verfassungen ausreichend Schutz für die grundlegenden Menschenrechte gewährleisten, doch die Ratifizierung aus innenpolitischen Gründen nicht vollziehen konnten, sollten nicht von der Wahl ins Rampenlicht ausgeschlossen sein.

Schließlich wäre es auch vernünftig, die Mitgliedsstaaten, die die internationalen Konventionen ratifiziert haben, gegen die aber wegen grober Menschenrechtsverletzung ermittelt wird, von der Wahl in Ämter bei Konferenzen und andere Versammlungen der Menschenrechtskommission auszuschließen. Dies wird die weit verbreitete Meinung verhindern, die Verhandlungen seien eine Farce.

C. Förderung der Stellung der Frauen

Eine friedliche und tragfähige Weltzivilisation ist unmöglich zu schaffen ohne die uneingeschränkte Mitwirkung der Frauen in allen Bereichen menschlichen Handelns.[xxxvii] Diese Ansicht findet zunehmend Beifall, aber zwischen ihrem Einzug in die Köpfe und ihrer Umsetzung in die Tat besteht ein deutlicher Unterschied.

Es ist höchste Zeit, daß die Institutionen der Welt, die vorwiegend von Männern besetzt sind, ihren Einfluß nutzen, um systematisch die Frauen einzubeziehen, nicht aus Herablassung oder vorgeblicher Selbstaufopferung, sondern aus der Überzeugung, daß der Beitrag der Frauen für den Fortschritt der Gesellschaft notwendig ist.[xxxviii] Die Frauen werden erst, wenn ihre Beiträge geschätzt werden, herangezogen und in das gesellschaftliche Gefüge einbezogen sein. Das Ergebnis wird eine friedvollere, ausgewogenere, gerechte und blühende Zivilisation sein.[xxxix]

Die offensichtlichen biologischen Unterschiede der Geschlechter müssen kein Grund für Ungleichheit oder Uneinigkeit sein. Sie sind vielmehr ein Aspekt wechselseitiger Ergänzung. Wenn die Rolle der Frau als Mutter in angemessener Weise gewürdigt wird, wird auch ihre Arbeit zur Ernährung und Erziehung der Kinder geachtet und angemessen entlohnt. Es muß auch anerkannt werden, daß die Aufgabe des Kindergebärens weder die Eignung zu Führungspositionen mindert, noch die intellektuellen, wissenschaftlichen und schöpferischen Fähigkeiten beeinträchtigt. In Wirklichkeit könnte sie diese Fähigkeiten eher steigern.

Fortschritt an einigen wenigen kritischen Fronten, so meinen wir, hätte auf die Förderung der Frauen größten Einfluß. Wir legen im folgenden die Gesichtspunkte dar, die für unsere anschließenden Empfehlungen grundlegend sind.

Zuerst und vor allem muß Gewalt gegen Frauen und Mädchen – eine der schreiendsten und weitestverbreiteten Formen der Menschenrechtsverletzung – ausgerottet werden. Gewalt gehört für viele Frauen der Welt, gleich welcher Rasse, Gesellschaftsschicht oder Bildung, zum Leben. In vielen Gesellschaften

macht die traditionelle Meinung, daß Frauen minderwertig oder eine Last seien, sie zur bequemen Zielscheibe für Wut und Ärger. Selbst strenge Rechtsmittel und gezielte Schritte zur Stärkung der Frauen werden wenig Wirkung zeitigen, solange sie nicht durch einen Wandel in der Einstellung der Männer gestützt werden. Frauen werden erst ungefährdet sein, wenn ein neues gesellschaftliches Bewußtsein sich durchsetzt, nach dem schon bloße Herablassung gegenüber Frauen, geschweige denn jegliche körperliche Gewalt, Anlaß zu tiefster Scham ist.

Zweitens, die Familie ist nach wie vor die Grundzelle der Gesellschaft, und was man dort beobachtet und lernt, wird man im Verkehr auf allen gesellschaftlichen Ebenen anwenden. Darum müssen sich die Mitglieder der Institution Familie wesentlich ändern, damit sich das Prinzip der Ebenbürtigkeit von Frau und Mann verinnerlicht. Wenn ferner Bande der Liebe und Einigkeit die Familie verschweißen, wird dies über ihre Grenzen hinaus die Gesellschaft als Ganzes beeinflussen.

Drittens, indes es das Hauptziel aller Gesellschaft sein muß, allen Beteiligten Bildung zu ermöglichen, ist im jetzigen Stadium der Menschheitsgeschichte insbesondere die Bildung der Frauen und Mädchen dringend notwendig.[xli] Seit über zwanzig Jahren dokumentieren Studien überzeugend, daß Erziehung und Bildung der Frauen und Mädchen unter allen möglichen Investitionen den größten Gewinn abwirft in Form gesellschaftlicher Entwicklung, der Beseitigung von Armut und des Fortschritts der Gemeinschaft.[xlii]

Viertens muß der weltweite Dialog über die Rolle von Männern und Frauen die Erkenntnis fördern, daß die beiden Geschlechter einander eigenartig ergänzen. Denn gerade die Unterschiede zwischen ihnen bestätigen, daß Frauen und Männer zusammenarbeiten müssen, nicht nur um das Bestehen der Menschheit zu sichern, sondern auch um ihre Möglichkeiten und Kräfte fruchtbar in eine fortschreitende Zivilisation einzubringen. Solche Unterschiede gehören zu dem wechselseitigen Bezug ihres gemeinsamen Menschseins. Der Dialog muß die historischen Kräfte berücksichtigen, die zur Unterdrückung der Frau geführt haben, und zugleich die neuen gesellschaftlichen, politischen und geistigen Gegebenheiten untersuchen, die unsere Zivilisation heute verändern.

Als Ausgangspunkt für diesen Dialog mag ein Vergleich aus dem Bahá'í-Schrifttum dienen: »Die Menschenwelt hat zwei Flügel: Den einen bilden die Frauen, den anderen die Männer. Erst wenn beide Flügel gleichmäßig entwickelt sind, kann der Vogel fliegen. Bleibt ein Flügel schwächlich, so ist kein Flug möglich.«[xliii] Dazu schlagen wir drei besondere Maßnahmen vor:

1. Frauen müssen in den Delegationen der Mitgliedsstaaten stärker vertreten sein

Wir schlagen vor, den Mitgliedsstaaten zu empfehlen, in größerer Zahl Frauen in Gesandtschafts- oder vergleichbare diplomatische Positionen zu ernennen.

2. Es muß zur Ratifikation internationaler Konventionen ermutigt werden, die die Rechte der Frau schützen und ihren Status verbessern

Wie bei den internationalen Menschenrechtskonventionen sollten der Generalsekretär der Vereinten Nationen und alle UNO-Körperschaften jede Gelegenheit wahrnehmen, Mitgliedsstaaten zur Unterzeichnung der Konventionen und Protokolle, welche Frauenrechte schützen und auf deren Förderung abzielen, zu ermutigen.

3. Die Erfüllung des Beijing-Aktionsprogramms ist vor auszuplanen

Die von der Konferenz in Nairobi angenommene Erklärung über zukunftsweisende Strategien war sehr kühn und ideenreich, doch ihre Umsetzung eher ineffektiv.[xlili] Aus dieser unglücklichen Erfahrung sollte man, wie wir meinen, eine Lehre ziehen und wohlüberlegte Pläne vorlegen, um sicherzustellen, daß das von der Beijing-Konferenz ausgehende Aktionsprogramm nicht das gleiche Schicksal erleidet.

Wir schlagen vor, ein Kontrollorgan zu schaffen, das Lageberichte zur Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen verfaßt und der Generalversammlung jährlich Berichte vorlegt, in denen die zwanzig Spitzenreiter und die zwanzig Schlußlichter unter den Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung des Aktionsprogramms besonders hervorgehoben werden.

D. Die Bedeutung sittlicher Bildung

Der Integrationsprozeß der Menschen in immer größere Einheiten wird zwar von kulturellen und geographischen Gegebenheiten beeinflusst, ist aber hauptsächlich von der Religion vorangetrieben worden, das machtvollste Mittel, um das Verhalten der Menschen zu wandeln. Unter Religion verstehen wir jedoch den Wesenskern, die Wirklichkeit von Religion, nicht die Dogmen und blinden Abbilder, die sie allmählich überkrustet haben und letztlich der Grund für ihren Niedergang und ihr Verlöschen sind.

Mit 'Abdu'l-Bahás Worten ist die »materielle Zivilisation ... wie der Leib. Sei er auch noch so anmutig, elegant und schön, so ist er dennoch tot. Die göttliche Kultur ist wie der Geist; der Leib erhält sein Leben durch den Geist, sonst ist er ein Leichnam... Ohne den Geist ist die Menschenwelt leblos.«[xliv]

Der Vorschlag, für besondere Sittlichkeit oder Werte einzutreten, mag umstritten sein, besonders heute, da alles beliebig ist. Nichtsdestoweniger sind wir fest davon überzeugt, daß es einen gemeingültigen Katalog von Werten gibt, die man nicht mehr erkennt, weil sie durch diejenigen verdunkelt werden, die für ihre politischen Zwecke untergeordnete Unterschiede der religiösen und kulturellen Praxis hochschrauben.[xlv] Diese Kardinaltugenden, die von allen geistig orientierten Gemeinschaften gelehrt werden, bilden das Grundgerüst für sittliche Entwicklung.

Denkt man über die in den großen Religionen und ethischen Systemen der Welt vorhandenen Gemeinsamkeiten nach, so stellt sich heraus, daß sie samt und

sonders für Einigkeit, Zusammenarbeit und Harmonie unter den Menschen eintreten, Richtlinien für verantwortungsbewußtes Verhalten festlegen und die Entwicklung von Tugenden fördern, die die Grundlage für auf Vertrauen gegründetes und von Grundsätzen geleitetes Handeln bilden.[xlvi]

1. Lehrpläne zur ethisch-sittlichen Bildung in den Schulen sind zu entwickeln

Wir treten ein für eine weltweite Kampagne zur Förderung der ethischen Entwicklung. Kurz, diese Kampagne soll überall in der Welt örtliche Initiativen anstoßen und unterstützen, um bei der Kindererziehung das Sittliche einzubeziehen. Das kann die Veranstaltung von Konferenzen, die Veröffentlichung entsprechender Druckschriften und viele andere unterstützende Aktivitäten erfordern – allesamt solide Investitionen in zukünftige Generationen.

Bei der Kampagne zur sittlichen Bildung könnten einige einfache Regeln am Anfang stehen, zum Beispiel daß redliches Verhalten, Vertrauenswürdigkeit und Ehrlichkeit die Grundlage sind für Beständigkeit und Fortschritt, daß alles menschliche Streben von Uneigennützigkeit geleitet sein sollte, so daß Aufrichtigkeit und Achtung für die Rechte der anderen wesentlich das Handeln eines jeden Menschen bestimmen, und daß Dienst an der Menschheit die wahre Quelle von Glück, Ehre und Sinn im Leben ist.

Wir sind der Meinung, daß die Kampagne auch nur in dem Maße Erfolg haben wird, wie sie auf die Kraft der Religion baut. Die Doktrin von der Trennung von Kirche und Staat sollte nicht als Vorwand benutzt werden, um diesen heilsamen Einfluß abzublocken. Religionsgemeinschaften werden künftig besonders einbezogen werden müssen als partnerschaftliche Mitarbeiter an dieser wichtigen Aufgabe.

Diese Kampagne wird, je weiter sie fortschreitet, den Prozeß persönlicher Kraftentfaltung beschleunigen, wodurch sich die Art und Weise, wie die Menschen ungeachtet ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse, ihrer gesellschaftlichen Stellung, ihrer ethnischen, rassischen oder religiösen Herkunft aktiv in ihrer Gesellschaft leben und handeln, völlig wandeln wird.

V. Menschheit am Wendepunkt

Ein Aufruf an die Führer der Welt

Wir sind an einem Wendepunkt in der Entwicklung der Nationen angelangt. »Die Vereinigung der ganzen Menschheit ist das Kennzeichen der Stufe, der sich die menschliche Gesellschaft heute nähert. Die Einheit der Familie, des Stammes, des Stadtstaates und der Nation ist nacheinander in Angriff genommen und völlig erreicht worden. Welteinheit ist das Ziel, dem eine gequälte Menschheit zustrebt. Der Aufbau von Nationalstaaten ist zu einem Ende gekommen. Die Anarchie, die der nationalstaatlichen Souveränität anhaftet, nähert sich heute einem Höhepunkt. Eine Welt, die zur Reife heranwächst, muß diesen Fetisch aufgeben, die Einheit und Ganzheit der menschlichen Beziehungen erkennen und ein für allemal den Apparat aufrichten, der diesen Leitgrundsatz ihres Daseins am besten zu verkörpern vermag.«[xlvii]

Vor über einem Jahrhundert lehrte Bahá'u'lláh, daß es nur einen Gott und nur ein Menschengeschlecht gibt und daß alle Religionen der Welt unterschiedliche Stadien in der Offenbarung des göttlichen Willens und seiner Zielsetzung für die Menschheit darstellen. Bahá'u'lláh verkündete das Kommen einer in allen Heiligen Schriften der Welt verheißenen Zeit, in der die Menschheit letztlich die Vereinigung aller Völker zu einer friedlich verbundenen, schrankenlosen Gesellschaft erleben wird.

Er sagte, daß der menschliche Daseinszweck nicht bloß in der Schaffung einer materiellen Wohlstandsgesellschaft liegt, sondern auch im Aufbau einer globalen Zivilisation, in der die einzelnen Menschen zum Handeln als sittliche Wesen ermutigt werden, ihre wahre Natur verstehen und ein so hohes Maß an Sinnerfüllung finden können, wie es kein noch so großer materieller Wohlstand allein zu bieten vermag.

Bahá'u'lláh gehörte auch zu den ersten, die von der »neuen Weltordnung« sprachen, um die ungeheuren Veränderungen im politischen, gesellschaftlichen und religiösen Leben der Welt zu beschreiben. »Die Zeichen drohender Erschütterungen und des Chaos sind jetzt deutlich zu sehen, zumal die bestehende Ordnung erbärmlich mangelhaft erscheint«, schrieb Er. »Bald wird die heutige Ordnung aufgerollt und eine neue an ihrer Statt entfaltet werden.«[xlvi]

Zu diesem Zweck schärfte Er den Führern wie allen Mitgliedern der Gesellschaft ein: »Es rühme sich nicht, wer sein Vaterland liebt, sondern wer die ganze Welt liebt. Die Erde ist nur ein Land und alle Menschen sind seine Bürger.«[xli]

Vor allem müssen die Führer der kommenden Generation von dem aufrichtigen Wunsch beseelt sein, der Gemeinschaft insgesamt zu dienen, und sie müssen begreifen, daß die Führungsaufgabe eine Verantwortung ist, nicht der Weg zu Privilegien. Allzu lange haben Herrschende wie Regierte Führung verstanden als Machtausübung über andere. In Wirklichkeit bedarf die heutige Zeit eines neuen Begriffs von Führung und eines neuen Typs von Führern.[1]

Dies gilt besonders auf der internationalen Ebene. Um einen Sinn für Vertrauenswürdigkeit zu entwickeln und in den Herzen der Menschen in aller Welt Zutrauen und echte Sympathie für die Institutionen der internationalen Ordnung zu wecken, werden diese Führer über ihr eigenes Handeln nachdenken müssen.

Sie müssen durch ihren makellosen Ruf helfen, daß wieder Vertrauen und Zuversicht gegenüber der Regierung wächst. Sie müssen, um in jeder Situation den Kern zu treffen, Ehrenhaftigkeit, Bescheidenheit und Aufrichtigkeit verkörpern. Sie müssen sich Grundsätzen verpflichtet fühlen und von ihnen leiten lassen, nach denen sie auf lange Sicht im besten Interesse der ganzen Menschheit handeln.

»Laßt euren Blick weltumfassend sein, anstatt ihn auf euer Selbst zu beschränken«, schreibt Bahá'u'lláh. »Befaßt euch nicht rastlos mit

euere eigenen Belangen! Laßt euere Gedanken fest auf das gerichtet sein, was das Glück der Menschheit wiederherstellen und der Menschen Herzen und Seelen heiligen wird.«[li]

Zum Herausgeber Internationale Bahá'í-Gemeinde

Die Internationale Bahá'í-Gemeinde (BIC=Bahá'í International Community) ist eine internationale nichtstaatliche Organisation. Sie repräsentiert die weltweit über fünf Millionen Mitglieder der Bahá'í-Gemeinde, Frauen und Männer, die fast allen Berufen, Schichten und Religionen entstammen, ein Querschnitt der Menschheit aus über 2.000 ethnischen Gruppen und mehr als 210 Staaten und unabhängigen Territorien.

Die BIC ist seit 1948 als internationale nichtstaatliche Organisation beim United Nations Department of Public Information akkreditiert. Seit 1970 hat die BIC beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen. Die BIC hat auch beratenden Status beim Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), arbeitet mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zusammen und ist mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) assoziiert.

Der Sitz der BIC ist in New York. Verbindungsbüros befinden sich in Genf und Suva (Fiji), lokale Repräsentanten in Addis Abeba, Bangkok, Nairobi, Santiago und Wien.

Die Zielsetzung der BIC ergibt sich aus dem von Bahá'u'lláh, dem Stifter der Bahá'í-Religion, vor über hundert Jahren formulierten Grundsatz: „Die Erde ist eine Heimat und alle Menschen sind ihre Bürger.“ Die Aufgabenschwerpunkte der BIC sind die weltweite Förderung eines Bewußseins von der Einheit und Schicksalsgemeinschaft aller Menschen und die Unterstützung von Maßnahmen, die auf eine globalverträgliche, zukunftsorientierte und einigle Weltzivilisation zielen. Das Tätigkeitsfeld der BIC ist entsprechend weitgespannt, mit konkreten Projekten etwa in den Bereichen Friedensförderung, Menschenrechte, Erziehung, Gesundheitsfürsorge, Bewahrung der Umwelt, Frauenförderung wie auch der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung. Viele der BIC-Projekte werden in Kooperation mit den 175 (Stand: April 1996) nationalen Bahá'í-Gemeinden durchgeführt. Die BIC arbeitet auch eng mit anderen nichtstaatlichen Organisationen zusammen. So ist sie Mitglied des World Wide Fund for Nature's Network, des Education for All Network und der Advocates for African Food Security.

[i] Shoghi Effendi, Die Weltordnung Bahá'u'lláhs, Hofheim 1977, S. 295f

[ii] Boutros Ghali, Boutros, 1992, An Agenda for Peace: Peace-Making and Peace-Keeping, Bericht des Generalsekretärs an den Sicherheitsrat, 31. Januar 1992, New York, United Nations. Deutsch in: Butros Butros-Ghali, UNorganisierte Welt, Plädoyer für die große Reform der Vereinten Nationen. Stuttgart 1993

[iii] Die Präambel zur Charta der Vereinten Nationen zählt sicherlich zu den inspirierendsten Textstellen über Regierungskunst:

„Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen, künftige

Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat, unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein, erneut zu bekräftigen, Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können, den sozialen Frieden und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern, und für diese Zwecke „Duldsamkeit zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben, unsere Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren, Grundsätze anzunehmen und Verfahren einzuführen, die gewährleisten, daß Waffengewalt nur noch im gemeinsamen Interesse angewendet wird, und internationale Einrichtungen in Anspruch zu nehmen, um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Völker zu fördern – haben beschlossen, in unserem Bemühen um die Erreichung dieser Ziele zusammenzuwirken. Dementsprechend haben unsere Regierungen durch ihre in der Stadt San Franzisko versammelten Vertreter, deren Vollmachten vorgelegt und in guter und gehöriger Form befunden wurden, diese Charta der Vereinten Nationen angenommen und errichten hiermit eine internationale Organisation, die den Namen ‘Vereinte Nationen’ führen soll.“

[iv] Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1994, S. 162f der englischen Ausgabe

[v] Es gibt eine Reihe von Vorschlägen zur UN-Reform, die sich auf bestimmte Fachgebiete beziehen, wie z.B. Unsere gemeinsame Zukunft, der Brundtlandbericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung mit dem Vorschlag, einen „Rat für nachhaltige Entwicklung“ zu gründen, zur Koordinierung von UN-Entwicklungsaktionen unter Bewahrung der Umwelt (Greven, 1987). Siehe auch den Bericht der Brandt-Kommission zum Nord-Süd-Konflikt mit Vorschlägen für die Bereiche Finanzen, Handel und Energie, Common Crisis North-South: Co-operation for World Recovery, London, Pan Books, 1983.

Die Literatur zur UN-Reform wird immer umfangreicher, insbesondere im Vorfeld des fünfzigsten Jahrestags der Vereinten Nationen. Die ersten bedeutsamen Vorschläge zur UN-Reform begannen in den 50er Jahren in Erwartung des zehnten Jahrestags der UN-Charta. Ein Meilenstein in dieser Hinsicht ist die 1958 erschienene Arbeit von Louis B. Sohn und Grenville Clark zur Abschaffung des Vetorechts, World Peace Through World Law, Cambridge, Harvard University Press, 1966.

Neuere Vorschläge reichen von der „Stockholm-Initiative“ (Gemeinsame Verantwortung in den 90er Jahren, Bonn, 1991) mit allgemeinen Vorschlägen zur Stärkung der Vereinten Nationen bis zu Harold Stassen, United Nations: A Working Paper for Restructuring (Minneapolis, Learner Publications Company, 1994), mit detaillierten Vorschlägen zur Neuformulierung der UN-Charta. Benjamin Ferencz (New Legal Foundations for Global Survival, Oceana Publications 1994) gibt Reformvorschläge, die davon ausgehen, daß Nationen, Völker und Individuen sich ihre Ziele frei setzen sollten – sofern dies

nicht die grundlegenden Menschenrechte der anderen, in Freiheit und Würde zu leben, beeinträchtigt.

[vi] Nachbarn in Einer Welt, The Commission on Global Governance, Bonn 1995

[vii] Viele Denker haben das Prinzip der Einheit und ihre Bedeutung für die Entwicklung der Menschheit erkannt, einschließlich des Paläontologen Richard Leakey: „Wir sind eine Rasse, ein Volk. Jeder einzelne auf dieser Erde gehört zur Spezies Homo sapiens. Die Unterschiede zwischen den Menschen sind einfache biologische Nuancen ein und desselben Grundprinzips. Die menschliche Fähigkeit, Kultur zu schaffen, ermöglicht ihre Vielfalt in verschiedenartigsten, facettenreichen Wegen. Die oft recht krassen kulturellen Unterschiede sollten nicht als Trennung zwischen Völkern verstanden werden. Kulturen sind vielmehr das, was sie sind: ein Zeichen, daß man zur einen Menschheit gehört.“ Richard E. Leakey und Rodger Lewin, Origins: What new discoveries reveal about the emergence of our species and its possible future, New York 1977

Die Schriften Shoghi Effendis enthalten eine gründliche und ausführliche Erörterung des Konzepts der Einheit der Menschheit. Eine kurze Zusammenfassung findet sich in Die Weltordnung Bahá'u'lláhs, Hofheim 1977, S. 69ff

[viii] Wir stehen mit diesem Vorschlag nicht allein. Die „Commission on Global Governance“ formulierte: „Es ist unser Vorschlag, daß die Vollversammlung eine Weltkonferenz über ‘Global Governance’ 1998 durchführt, deren Beschlüsse im Jahr 2000 ratifiziert und vollzogen werden sollen.“ Commission on Global Governance, Nachbarn in Einer Welt, Bonn 1995, S. 386

[ix] Zwei gebräuchliche Sprichwörter illustrieren dies: „Small is beautiful“, in den 70er Jahren als ökonomisches Motto entstanden, läßt sich auch auf die Regierungskunst anwenden. Hierzu schrieb E. F. Schumacher (Small is Beautiful: Economics as if People Mattered, New York 1973, S. 65): „In den menschlichen Beziehungen scheint es immer ein Bedürfnis für zwei Dinge zu geben, die sich eigentlich gegenseitig ausschließen. Wir brauchen sowohl Freiheit als auch Ordnung. Wir brauchen Freiheit in vielen kleinen Dingen, und Ordnung auf der größeren Ebene, möglichst global, in Einheit und Koordination.“

„Denke global, aber handle lokal“, ist ein weiterer Slogan, der jüngst von Umweltgruppen lanciert wurde und der sehr treffend eine Perspektive für die Notwendigkeit globaler Lenkung und deren Balance mit lokaler und nationaler Selbstbestimmung aufzeigt.

[x] „Weit davon entfernt, auf den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung abzielen, sucht... [ein globales Regierungssystem] ihre Grundlage zu erweitern, ihre Institutionen in einer Weise umzugestalten, die mit den Bedürfnissen einer stets sich wandelnden Welt in Einklang steht. Es kann mit keiner rechtmäßigen Untertanenpflicht in Widerspruch sein, noch kann es wirkliche Treue untergraben. Seine Absicht ist weder, die Flamme einer

vernünftigen Vaterlandsliebe in den Herzen der Menschen zu ersticken, noch den Grundsatz nationaler Selbständigkeit abzuschaffen, der so wesentlich ist, wenn die Übel übertriebener Zentralisation vermieden werden sollen. Es übersieht weder die Verschiedenheiten der völkischen Herkunft, des Klimas, der Geschichte, Sprache und Überlieferung, des Denkens und der Gewohnheit, die die Völker und Länder der Welt unterschiedlich gestalten, noch versucht es, sie auszumerzen. Es ruft nach größerer Treue, stärkerem Bemühen als irgendein anderes, das je die Menschenwelt beseelt hat. Es besteht auf der Unterordnung nationaler Regungen und Belange unter die zwingenden Ansprüche einer geeinten Welt. Es verwirft einerseits die übersteigerte Zentralisation und entsagt zum andern allen Versuchen der Gleichmacherei.“ Shoghi Effendi, Die Weltordnung Bahá'u'lláhs, Hofheim 1977, S. 67f

[xi] Bereits in den 30er Jahren betonte Shoghi Effendi, der damals die Bahá'í-Weltgemeinde leitete, die Aufgaben einer künftigen Weltlegislative. So sah er etwa die Notwendigkeit einer „Weltlegislative..., deren Mitglieder als Treuhänder der ganzen Menschheit... die erforderlichen Gesetze geben, um das Leben aller Rassen und Völker zu steuern, ihre Bedürfnisse zu befriedigen und ihre wechselseitigen Beziehungen anzupassen.“ Die Weltordnung Bahá'u'lláhs, S. 297

Diese Ansicht wird von Gelehrten wie Jan Tinbergen, dem Nobelpreisträger für Volkswirtschaft 1969, geteilt, der schrieb: „Die Probleme der Menschheit können nicht länger nur durch nationale Regierungen gelöst werden. Wir brauchen eine Weltregierung. Dies kann am besten durch eine Stärkung des Systems der Vereinten Nationen erreicht werden.“ United Nations Development Programme (UNDP), Human Development Report 1994, Global Governance for the 21st Century, New York, S. 88

[xii] Bahá'í International Community, Proposals to the United Nations Charter Revision, May 23, 1955

[xiii] In Seinen Schriften verwendet Bahá'u'lláh durchweg den Begriff „Ordnung“, „Weltordnung“ und „Neue Weltordnung“, um die derzeit stattfindenden gewaltigen Umwälzungsprozesse zu beschreiben, die im politischen, gesellschaftlichen und religiösen Leben zu beobachten sind. In den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts schrieb er: „Die Welt ist aus dem Gleichgewicht geraten durch die Schwungkraft dieser größten, dieser neuen Weltordnung. Das geregelte Leben der Menschheit ist aufgewühlt durch das Wirken dieses einzigartigen, dieses wundersamen Systems, desgleichen kein sterbliches Auge je gesehen hat.“ Bahá'u'lláh, Kitáb-i-Aqdas 181

[xiv] Vgl. 'Abdu'l-Bahá, Das Geheimnis göttlicher Kultur, Oberkalbach 1973, S. 31

[xv] United Nations Research Institute for Social Development (UNRISD), States of Disarray: The social effects of globalization, London 1995, S. 106-109

[xvi] Es gibt viele Möglichkeiten, mit denen eine solche Kommission, oder die Weltlegislative selbst, auf gerechte Weise die Grenzfragen lösen könnte. Wie

schwer dieses Vorhaben auch immer sein mag, es stellt einen wichtigen Teil der Entwicklung einer neuen Weltordnung dar. Hierzu schrieb bereits ‘Abdu’l-Bahá: „Wahre Kultur wird ihr Banner mitten im Herzen der Welt entfalten, sobald eine gewisse Zahl ihrer vorzüglichen, hochgesinnten Herrscher – leuchtende Vorbilder der Ergebenheit und Entschiedenheit – mit festem Entschluß und klarem Blick daran geht, den Weltfrieden zu stiften. Sie müssen die Friedensfrage zum Gegenstand allgemeiner Beratung machen und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln versuchen, einen Weltvölkerbund zu schaffen. Sie müssen einen verbindlichen Vertrag und einen Bund schließen, dessen Verfügungen vernünftig, unverletzlich und bestimmt sind. Diesen Vertrag müssen sie der ganzen Welt bekannt geben und die Bestätigung des gesamten Menschengeschlechts für ihn erlangen. Ein derart erhabenes und edles Unternehmen – der wahre Quell des Friedens und Wohlergehens für die ganze Welt – sollte allen, die auf Erden wohnen, heilig sein. Alle Kräfte der Menschheit müssen frei gemacht werden, um die Dauer und Beständigkeit dieses größten aller Bündnisse zu sichern. In diesem allumfassenden Vertrag sollten die Grenzen jedes einzelnen Landes deutlich festgelegt, die Grundsätze, die den Beziehungen der Regierungen untereinander zugrunde liegen, klar verzeichnet und alle internationalen Vereinbarungen und Verpflichtungen bekräftigt werden. In gleicher Weise sollte der Umfang der Rüstungen für jede Regierung genauestens umgrenzt werden, denn wenn die Zunahme der Kriegsvorbereitungen und Truppenstärken in irgendeinem Land gestattet wäre, so würde dadurch das Mißtrauen anderer geweckt. Die Hauptgrundlage dieses feierlichen Vertrages sollte so verankert werden, daß bei einer späteren Verletzung irgendeiner Bestimmung durch irgendeine Regierung sich alle Regierungen der Erde erheben, um jene wieder zu voller Unterwerfung unter den Vertrag zu bringen, nein, die Menschheit als Ganzes sollte sich entschließen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln jene Regierung zu vernichten. Wird dieses größte aller Heilmittel auf den kranken Körper der Welt angewandt, so wird er sich gewiß wieder von seinen Leiden erholen und dauernd bewahrt und heil bleiben.“
Geheimnis göttlicher Kultur, Oberkalbach 1973, S. 62f

[xvii] Das Spendenaufkommen für soziale Zwecke stieg in den USA im Jahr 1994 um 3,6% auf 130 Milliarden Dollar. vgl. Karen W. Arenson in der New York Times vom 25. Mai 1995, S. 22

[xviii] „Zur Frage einer internationalen Sprache... Wir wünschen uns als Bahá’í, daß eine universelle Hilfssprache sobald als möglich angenommen wird. Dabei favourisieren wir keine bestimmte Sprache. Wenn sich die Regierungen der Welt auf eine existierende Sprache oder auf eine zu schaffende neue zum internationalen Gebrauch einigten, beides fände unsere uneingeschränkte Unterstützung, denn wir wünschen, diesen Schritt in der Vereinigung der Menschheit so rasch als möglich verwirklicht zu sehen.“
Shoghi Effendi, Directives of the Guardian, New Delhi 1973, S. 39 Bei diesem Vorschlag legen wir Wert auf den Begriff „Hilfssprache“. Die Bahá’í-Lehre schätzt und fördert kulturelle Vielfalt, nicht Uniformität. Wir fassen deshalb zu diesem Zeitpunkt der Menschheitsgeschichte nicht die weltweite Einführung einer einzigen Sprache ins Auge. Statt dessen sollten die

Völker und Nationen ihre eigene lokale oder nationale Sprache behalten, gleichzeitig aber ermutigt werden, eine universelle Sprache zu erlernen. Eine solche universelle Sprache sollte schließlich an den Schulen in aller Welt als Pflichtfach gelehrt werden. Keinesfalls sollte damit jedoch der legitime Ausdruck nationaler und örtlicher sprachlicher und kultureller Vielfalt beeinträchtigt werden.

[xix] „Der Tag naht, da alle Völker der Welt eine universale Sprache und eine einheitliche Schrift annehmen werden“, so schrieb Bahá'u'lláh in den späten siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. „Wenn dies erreicht ist, wird es für jeden Menschen, in welche Stadt er auch reisen mag, sein, als betrete er sein eigenes Heim.“ Ährenlese, Hofheim 1980, 117:1

[xx] In einem Sonderbeitrag zum Weltentwicklungsbericht 1994 schrieb der Nobelpreisträger für Wirtschaft, James Tobin, daß eine einzige Weltwährung die meisten, wenn nicht alle der Turbulenzen beseitigen würde, die derzeit mit der massiven weltweiten Devisenspekulation einhergehen. Da es noch lange bis zur Einführung einer Weltwährung dauern könnte, schlägt er sogar eine „einheitliche Weltsteuer“ auf Devisentransfers vor. UNDP, Human Development Report 1994, A Tax on International Currency Transactions, New York, S. 70

[xxi] Das Prinzip kollektiver Sicherheit vertrat Bahá'u'lláh vor über einem Jahrhundert in Briefen an die Könige und Herrscher der Welt: „Seid einig, o Könige der Erde, denn dadurch wird der Sturm des Haders gestillt, und euer Völker finden Ruhe – wenn ihr doch zu den Verstehenden gehörtet! Sollte einer unter euch gegen einen anderen die Waffen ergreifen, so erhebt euch alle gegen ihn, denn dies ist nichts als offenbare Gerechtigkeit.“ Ährenlese 119:5

[xxii] Unabhängige Arbeitsgruppe über die Zukunft der Vereinten Nationen, Die Vereinten Nationen in ihren nächsten 50 Jahren, Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Bonn 1995, S. 16

[xxiii] Glenview Foundation, The Stassen Draft Charter for a New United Nations to Emerge from the Original, to Serve World Peace and Progress for the Next Fourty Years, Philadelphia 1985; Grenville Clark/Louis B. Sohn, World Peace Through World Law, Cambridge (Mass.) 1966; Keith Hindell, „Reform of the United Nations?“, in: The World Today: Journal of the Royal Institute of International Affairs, Bd. 48, Nr. 2, Februar 1992, S. 30-33; Benjamin B. Ferencz/Ken Keyes Jr., Planethood: The Key to Your Future, Coos Bay (Oregon) 1991; Boutros Boutros-Ghali, An Agenda for Peace: Peace-making and Peace-keeping. Report of the Secretary-General Pursuant to the Statement Adopted by the Summit Meeting of the Security Council, January 31, New York 1992

[xxiv] Damit soll nicht gesagt werden, daß man mit dem Verbot von Massenvernichtungswaffen warten soll, bis eine solche Streitmacht ins Leben gerufen ist. Wir unterstützen voll und ganz die derzeitigen Bemühungen zur Nonproliferation von Nuklearwaffen einschließlich eines Moratoriums, wie auch alle sonstigen Anstrengungen zur Abschaffung nuklearer, chemischer und

biologischer Waffen. Entsprechend müssen auch strengere Maßnahmen zum Verbot konventioneller Waffen, wie etwa Landminen, ergriffen werden, die noch immer Tausende unschuldiger Menschen töten.

[xxv] ul Haq, Mahbub, 1994. Generalberater an UNDP, Berichterstatter für den Weltentwicklungsbericht, der in den letzten Jahren neue Erkenntnisse in der Entwicklungspolitik förderte, einschließlich einem neuen Sicherheitskonzept.

[xxvi] Erskine Childers, Hrsg., Challenges to the United Nations: Building a safer world, New York, St. Martin's Press, 1994, S. 21-25

[xxvii] John Huddleston, The Search for a Just Society, Kidlington, Oxford, George Ronald, 1989

[xxviii] Verborgene Worte, Hofheim 1983, arabisch 2

[xxix] Vor etwa 75 Jahren machte 'Abdu'l-Bahá folgende Vorschläge für einen künftigen internationalen Gerichtshof: „die Nationalversammlungen jedes Landes und jeder Nation, das heißt, die Parlamente, [sollten] zwei oder drei Personen auswählen, die Edelsten ihres Volkes, Kenner des internationalen Rechts sowie der Beziehungen zwischen den Regierungen, dazuhin vertraut mit den wesentlichen Bedürfnissen der heutigen Menschheit. Die Zahl dieser Abgeordneten sollte im Verhältnis zu der Bevölkerungszahl des Landes stehen. Die Wahl dieser Seelen durch die Nationalversammlung, das heißt, durch das Parlament, ist vom Oberhaus, vom Kongreß, vom Kabinett und ebenso vom Präsidenten oder Monarchen zu bestätigen, damit diese Persönlichkeiten die Gewählten des ganzen Volkes und der Regierung sind. Aus diesem Personenkreis sind die Mitglieder des Höchsten Gerichtshofes zu wählen. Die ganze Menschheit hat somit Anteil daran; denn jeder Abgeordnete vertritt die ganze Nation. Wenn der Höchste Gerichtshof zu einer internationalen Frage ein Urteil fällt, entweder einmütig oder durch Mehrheitsbeschluß, so gibt es keinen Einwand mehr für den Kläger und keine Ausflucht für den Beklagten. Falls eine Regierung oder Nation die unwiderlegliche Entscheidung des Höchsten Gerichtshofs mißachtet oder die Ausführung verschleppt, werden die übrigen Nationen dagegen auftreten; denn alle Regierungen und Nationen der Welt sind die Stützen dieses Höchsten Gerichtshofs. Überlegt, wie fest diese Grundlage ist! Ein beschränkter, eingegrenzter Bund jedoch erfüllt den Zweck nicht angemessen.“ Briefe und Botschaften, Hofheim 1992, 227:31

[xxx] Derzeit ist die Zuständigkeit des Gerichts auf folgende Bereiche beschränkt: 1. Fälle, in denen die Parteien die Anträge gemeinsam einbringen, 2. Verletzungen von Verträgen und Konventionen, wenn darin ausdrücklich die Zuständigkeit des Gerichts vorgesehen ist, und 3. spezielle Fälle von Rechtsstreitigkeiten zwischen Mitgliedsstaaten, in denen diese die Zuständigkeit des Gerichts als bindend ansehen. Vgl. Europe World Year Book 1994, Vol. I, Intern. Court of Justice, S. 22

[xxxi] Ährenlese 122. „Die erste und dringlichste Notwendigkeit ist die Förderung der Erziehung. Man kann sich nicht denken, daß ein Volk zu Wohlstand und Erfolg kommt, ohne daß diese ausschlaggebende, grundlegende

Frage vorangetrieben wird. Die Hauptursache für den Niedergang und Verfall der Völker ist Unwissenheit. Heutzutage wissen die Massen des Volkes nicht einmal über das Alltägliche Bescheid, wieviel weniger begreifen sie die Kernfragen wichtiger Probleme und die verwickelten Lebensbedürfnisse unserer Zeit!“ ‘Abdu’l-Bahá, Das Geheimnis göttlicher Kultur, S. 98. „Dieselben Unterschiede finden sich auch unter Tieren. Einige wurden domestiziert, erzogen; andere blieben wild. Es ist deutlich, daß die Welt der Natur unvollkommen, die Welt der Erziehung dagegen vollkommen ist. Man kann sagen, daß der Mensch aus den Zwängen der Natur errettet wird durch Erziehung und Kultur. Also ist Erziehung notwendig. Aber es gibt verschiedene Arten von Erziehung. Die Ausbildung und Entwicklung des Leibes fördert Kraft und Wachstum. Für die intellektuelle Ausbildung oder Schulung werden Schulen und Universitäten gegründet. Die dritte Art der Erziehung ist die des Geistes. Durch den Odem des Heiligen Geistes wird der Mensch in die Welt der Sittlichkeit gehoben und vom Licht göttlicher Segensgaben erleuchtet. Zugang zur Welt der Sittlichkeit erhält man nur durch die Strahlen der Sonne der Wirklichkeit und den lebenspendenden Geist Gottes.“ ‘Abdu’l-Bahá, aus einer Ansprache vom 20. September 1912 in St. Paul, Promulgation of Universal Peace, S. 329f

[xxxii] Regierungen und deren Partner sollten bedenken, daß materielle Gleichheit weder erreichbar noch erstrebenswert ist. Absolute Gleichheit ist eine Schimäre. Trotzdem wird es in vielen Bereichen erforderlich sein, den in der Welt verfügbaren Reichtum bis zu einem gewissen Umfang neu zu verteilen. Es wird immer offensichtlicher, daß ein ungezügelter Kapitalismus auch nicht die Lösung darstellt. Ein gewisses Maß an Regulierung und Umverteilung ist um der materiellen Gerechtigkeit willen erforderlich. In dieser Hinsicht ist eine einkommensabhängige Steuer prinzipiell eines der gerechtesten und angemessensten Mittel. Auch freiwilliges Teilen – individuell wie auf gesellschaftlicher Ebene – sollte seinen Platz haben. Chancengleichheit für wirtschaftliche Entwicklung sollte jedoch bereits der Struktur der neuen Ordnung inhärent sein. Die wichtigste Regulierung eines jeglichen ökonomischen Systems ist letztlich jedoch sittlich-moralischer Art und beginnt in den Herzen und Köpfen der Menschen.

[xxxiii] Die Einrichtung der Global Environment Facility (GEF) ist ein erfreulicher erster Schritt in die richtige Richtung und kann auf lange Sicht als Hilfsmittel zur Finanzierung der Agenda 21 nützlich sein, sofern ihr Einsatzbereich erweitert und ihr Mandat neu definiert wird.

[xxxiv] World Conference on Human Rights. Vienna Declaration and Programme of Action, 14-25 June 1993, Wien

[xxxv] Weitere Ausführungen zu diesem Konzept finden sich in dem Februar 1995 veröffentlichten Statement der Bahá’í International Community, Office of Public Information, Entwicklungsperspektiven für die eine Menschheit: „Das Bewußtsein, das den Menschen im besonderen auszeichnet, ist auf das engste verbunden mit dem selbständigen Erforschen der Wirklichkeit. Die Freiheit, den Sinn des Daseins zu ergründen und die in der menschlichen Natur angelegten

Fähigkeiten zu dessen Verwirklichung zu entwickeln, muß geschützt werden. Menschen müssen frei sein, Wissen zu erwerben. Daß eine solche Freiheit oft mißbraucht wird und daß zu diesem Mißbrauch durch Erscheinungsformen der heutigen Gesellschaft in übelster Weise ermutigt wird, tut der Gültigkeit dieses Antriebs in keiner Weise Abbruch. Es ist dieser bemerkenswerte Antrieb – das menschliche Bewußtsein –, das den moralischen Imperativ für die Aufstellung vieler der in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den dazugehörigen Verträgen enthaltenen Rechte liefert. Allgemeine Erziehung, freie Wahl des Wohnsitzes, Zugang zu Informationen und die Möglichkeit, am politischen Leben teilzunehmen, sind alles Aspekte seiner Wirksamkeit, welche ausdrücklich eine Garantie durch die internationale Gemeinschaft erfordern. Das gleiche gilt auch für die Gedanken- und Glaubensfreiheit, einschließlich der Religionsfreiheit, sowie das Recht auf eigene Meinung und auf angemessenen Ausdruck derselben.

Da die gesamte Menschheit eins und unteilbar ist, ist jedes ihrer Mitglieder in die Welt als ein dem Ganzen anvertrautes Pfand hineingeboren. Diese Treuhänderschaft bildet die geistige Grundlage für die meisten anderen Rechte – hauptsächlich wirtschaftliche und soziale –, die die Einrichtungen der Vereinten Nationen in entsprechender Weise zu definieren suchen. Die Sicherheit der Familie und des Heimes, der Anspruch auf Besitz und das Recht auf Privatsphäre sind alle in einer solchen Treuhänderschaft inbegriffen. Die Verpflichtung der Gesellschaft umfaßt auch die Bereitstellung von Arbeit, die geistige und körperliche Gesundheitsvorsorge, soziale Sicherheit, gerechte Löhne, Ruhe und Erholung, und eine Reihe anderer vernünftiger Erwartungen an die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft.

Das Prinzip der kollektiven Treuhänderschaft bedingt auch, daß jede Person das Recht hat zu erwarten, daß die für ihre Identität wesentlichen kulturellen Bedingungen den Schutz durch nationale und internationale Gesetze genießen. Ähnlich der Rolle, die die Gesamtheit der Gene im biologischen Leben der Menschheit und ihrer Umwelt spielt, ist der großartige, durch viele Jahrtausende erworbene Reichtum an kultureller Vielfalt für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Menschengeschlechtes bei seinem kollektiven Eintritt ins Erwachsenenalter lebensnotwendig. Dieser Reichtum ist ein Erbe, dem jetzt gestattet werden muß, in einer weltumspannenden Zivilisation Früchte zu tragen. Einerseits muß die kulturelle Eigenart davor bewahrt werden, daß die beherrschenden materiellen Einflüsse sie ersticken. Andererseits muß ein Austausch zwischen den Kulturen in ständig sich wandelnden Mustern und Strukturen ermöglicht werden, frei von Manipulationen, die einseitigen politischen Interessen dienen.“ Entwicklungsperspektiven für die Menschheit – Ein neues Verständnis von globalem Wohlstand, Hofheim 1996, S. 11

[xxxvi] Die Achtung der Menschenrechte muß in der Familie beginnen: „Vergleiche die Nationen der Welt mit den Mitgliedern einer Familie. Eine Familie ist eine Nation im Kleinen. Erweitert nur den Kreis des Haushalts, und ihr habt die Nation. Erweitert den Kreis der Nationen und ihr habt die ganze

Menschheit. Die Bedingungen, welche die Familie betreffen, betreffen auch die Nation. Was in der Familie geschieht, geschieht auch im Leben der Nation. Hilft es dem Fortschritt und dem Vorankommen der Familie, wenn ihre Mitglieder uneins werden, wenn Streit ausbricht, jeder den anderen ausnützt, Eifersucht und Rachegefühle vorherrschen, wenn jeder selbstsüchtig seinen Vorteil sucht? Nein, Fortschritt und Vorankommen wären dahin. So ist es auch mit der großen Familie der Nationen, denn Nationen sind nur viele Familien zusammen. Wie denn Streit und Uneinigkeit eine Familie zerstören und ihren Fortschritt hindern, so werden auch Nationen zerstört und aller Fortschritt behindert.“
'Abdu'l-Bahá, Promulgation of Universal Peace, Wilmette 1982, S. 157

[xxxvii] „Wenn die ganze Menschheit dieselben Bildungsmöglichkeiten erhält und die Gleichheit von Mann und Frau Wirklichkeit ist, dann werden die Wurzeln des Kriegs ausgerissen sein. Ohne Gleichheit ist dies unmöglich, weil alle trennenden Unterschiede zu Zwietracht und Streit führen. Die Gleichheit von Mann und Frau hat die Abschaffung des Kriegs zur Folge, denn Frauen werden nie bereit sein, den Krieg zu billigen. Mütter werden ihre Söhne, die sie zwanzig Jahre lang von klein auf umsorgten und umhegten, nicht als Opfer für die Schlachtfelder hergeben, ganz gleich für welche Sache. Kein Zweifel, wenn die Frauen gleiche Rechte erhalten, wird der Krieg unter den Menschen ganz und gar aufhören.“ 'Abdu'l-Bahá, The Promulgation of Universal Peace, S. 174f

[xxxviii] „Um es noch einmal bewußt zu machen: Bevor Frau und Mann nicht die Gleichberechtigung anerkennen und verwirklichen, ist gesellschaftlicher und politischer Fortschritt weder hier noch irgendwo sonst möglich. Denn die Menschenwelt besteht aus zwei Teilen oder Gliedern: das eine ist die Frau, das andere der Mann. Solange diese beiden Glieder an Stärke nicht gleich sind, kann die Einheit der Menschheit nicht verwirklicht werden, und Glück und Wohl der Menschheit werden nicht Wirklichkeit. So Gott will, wird dies erreicht werden.“ Aus einer Ansprache 'Abdu'l-Bahás vor dem Federation of Women's Clubs, Chicago, Illinois, am 2. Mai 1912, The Promulgation of Universal Peace, S. 77

[xxxix] „In der Vergangenheit wurde die Welt durch Gewalt regiert, und der Mann herrschte aufgrund seiner stärkeren und aggressiveren körperlichen und intellektuellen Eigenschaften über die Frau. Aber schon neigt sich die Waage. Gewalt verliert ihr Gewicht, und geistige Regsamkeit, Intuition und die spirituellen Eigenschaften der Liebe und des Dienens, in denen die Frau stark ist, gewinnen an Einfluß. Folglich wird das neue Zeitalter weniger männlich und mehr von weiblichen Idealen durchdrungen sein, oder genauer gesagt, es wird ein Zeitalter sein, in dem die männlichen und weiblichen Elemente der Kultur besser ausgeglichen sein werden.“ 'Abdu'l-Bahá, zitiert in: John. E. Esslemont, Bahá'u'lláh und das Neue Zeitalter, Hofheim 6. Aufl. 1976, S. 173

[xl] Der Grundsatz, daß Frauen und Mädchen bevorzugt Zugang zu Bildung erhalten sollen, hat in der Bahá'í-Lehre eine lange Tradition. So formulierte 'Abdu'l-Bahá im Jahre 1912: „Indem Er die Einheit der Menschheit verkündete, lehrte... [Bahá'u'lláh], daß Männer und Frauen

vor Gott gleich sind und kein Unterschied zwischen ihnen gemacht werden darf. Der Unterschied, der zur Zeit zwischen ihnen besteht, beruht einzig auf mangelnder Erziehung und Bildung. Wenn man der Frau gleiche Bildungschancen eröffnet, werden alle Unterschiede und die scheinbare Minderwertigkeit der Frau verschwinden... Zudem ist die Erziehung der Frau von größerer Bedeutung als die Erziehung des Mannes, denn Frauen sind die Mütter der Menschheit, und Mütter erziehen die Kinder. Die Mutter ist der erste Lehrer der Kinder. Sie muß deshalb gut ausgebildet sein, um Söhne und Töchter erziehen zu können. Zu dieser Frage gibt es in den Worten Bahá'u'lláhs viele Einzelheiten.

Er forderte den gleichen Bildungsgang für Mann und Frau. Töchter und Söhne müssen denselben Lehrplan durchlaufen und dadurch die Einheit der Geschlechter fördern.“, Promulgation, S. 174f

[xli] Lawrence H. Summers (Vizepräsident der Weltbank), *Investing in All the People*, 1992; USAID, *Technical Reports in Gender and Development. Making the Case for the Gender Variable: Women and the Wealth and Wellbeing of Nations*, Office of Women in Development, 1989

[xlii] 'Abdu'l-Bahá, *Briefe und Botschaften 227:18*

[xliii] *The Nairobi Forward-Looking Strategies for the Advancement of Women*. As adopted by the World Conference to Review and Appraise the Achievements of the United Nations Decade for Women: Equality, Development and Peace, Nairobi, Kenia, 15-26 July 1985

[xliv] *Briefe und Botschaften 227:23*

[xlv] Die interreligiöse Verlautbarung »Erklärung zum Weltethos«, herausgegeben von einer Versammlung religiöser und geistiger Führer aus faktisch allen größeren Religionen und geistigen Bewegungen auf dem 1993 in Chicago veranstalteten Parlament der Weltreligionen, hält fest, daß die Religionen der Welt wirklich vieles finden können, was sie in dieser Hinsicht gemeinsam haben. Es heißt in der Verlautbarung: »Wir bekräftigen, daß sich in den Lehren der Religionen ein gemeinsamer Bestand von Kernwerten findet und daß diese die Grundlage für ein Weltethos bilden... Es gibt bereits uralte Richtlinien für menschliches Verhalten, die in den Lehren der Religionen der Welt gefunden werden können und welche die Bedingung für eine dauerhafte Weltordnung sind.« *Erklärung zum Weltethos, Die Deklaration des Parlaments der Weltreligionen*, herausgegeben von Hans Küng und KarlJosef Kuschel, München 1993, S. 16

[xlvi] Die Goldene Regel, die Lehre, andere so zu behandeln, wie man selbst behandelt zu werden wünscht, wird als Sittenlehre in allen großen Religionen oft wiederholt. Im Buddhismus: »Verletze nicht andere in einer Weise, die du als verletzend empfändest« (Udana-Varqa, 5:18). Im Parsismus: »Nur die Natur ist gut, die anderen nicht antut, was für sie selbst ungut wäre« (Dadistan-i Dinik, 94:5). Im Judentum: »Tu deinem Mitmenschen nicht an, was dir verhaßt ist. Das ist das ganze Gesetz, der Rest ist Auslegung« (Talmud, Shabbat, 31a). Im Hinduismus: »Der Kern aller wahren Rechtschaffenheit ist: Behandle andere

so, wie du willst, daß sie dich behandeln. Tu deinem Nachbarn nichts, was du nicht willst, daß er es dir heimzahlt« (Mahabharata). Im Christentum: »Und wie ihr wollt, daß euch die Leute tun sollen, also tut ihnen auch« (Lukas 3:31). Im Islam: »Keiner von euch ist ein Gläubiger, wenn er nicht für seinen Bruder dasselbe wünscht wie für sich selbst« (Sunnah). Im Taoismus soll ein guter Mensch »Mitleid haben mit den bösen Neigungen anderer; er sollte ihren Gewinn als seinen eigenen betrachten, und ihren Verlust ebenso« (Thai-Shang). Im Konfuzianismus: »Grundsatz der Herzensgüte ist zweifellos: Tu anderen nicht, was sie dir nicht tun sollen« (Lese Früchte xv, 23). Im Bahá'í-Glauben: »Er sollte für andere nicht wünschen, was er für sich selbst nicht wünscht, und nicht versprechen, was er nicht hält« (Kitáb-i-Íqán 215; zit. in Bahá'u'lláh, Ährenlese 125:3).

[xlvii] Shoghi Effendi, Die Weltordnung Bahá'u'lláhs, Hofheim 1977, S. 295 f.

[xlviii] Botschaften aus 'Akká, Hofheim 1982, 11:27, Ährenlese 4:2, 110

[xlix] Botschaften aus 'Akká 11:13

[1] Die Commission on Global Governance schreibt: »Heute, da die Welt aufgeklärter Antworten auf die Herausforderungen am Vorabend des neuen Jahrhunderts bedarf, sind wir beunruhigt über den Mangel an Führung in vielen Bereichen der menschlichen Gesellschaft. Auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene, in lokalen Gemeinschaften und in internationalen Organisationen, in Regierungen und Nichtregierungsorganisationen braucht die Welt glaubwürdige und beständige Führung. Sie braucht eine vorausschauende, nicht nur reagierende Führung, die Ideen entwickelt und nicht nur funktioniert, die sich orientiert an langfristigen Perspektiven und den Interessen künftiger Generationen, für die wir die heutige Welt treuhänderisch verwalten. Sie braucht Führer, die durch Visionen gestärkt sind, die von Ethos getragen sind und die den politischen Mut haben, auch über die nächste Wahl hinaus zu denken. Dies kann keine auf die eigenen vier Wände beschränkte Führung sein. Sie muß über Länder, Rassen, Religionen, Kulturen, Sprachen und Lebensstile hinwegreichen. Sie muß von einem tieferen Gefühl der Menschlichkeit getragen und von Hilfsbereitschaft für andere durchdrungen sein, sie bedarf eines Gespürs der Verantwortung gegenüber der Einen Welt.« Bericht der Commission on Global Governance, Nachbarn in Einer Welt, Bonn 1995, S. 388f

[li] Ährenlese 43:5, 4